Merseburger Tageblatt
Kreisblatt

Bezugspreis frei Haus durch die Austräger viertelj. M. 1.80, monatl. 60 Pf., durch die Post bezogen desgl. und 14 Pf. monatl. Bestellgeld; bei Abholung v. d. Exped. M. 1.50 bezw. 50 Pf. Einzelnummer 15 Pf. — Erscheinen 6mal wöchentl. nachm. — Für unverlangte Einsendungen wird keine Gewähr geboten. — Erfüllungsort Merseburg. — Fernruf 100 Geschäftsstelle Hälterstr. 4.

Anzeigenpreis für die einsp. Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Orts- u. kleine Anzeigen, Haushalt und Familie betr., 15 Pf. Die Quittung für die laufende Bezugszeit (Vierteljahr bezw. Monat) wird von Beziehern auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Schwieriger Satz wird angemessen höher berechnet. — Reklamezeile 50 Pf. — Ziffergebühr und Portoauslagen extra.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit „Illustriertem Sonntagsblatt"

Amtliches Anzeigeblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nachdruck amtlicher Bekanntmachungen ist nur nach Vereinbarung gestattet

Nr. 184. | Donnerstag, den 9. August 1917. | 157. Jahrgang.

Amtliche Anzeigen.

Seite 4 betr.:

1. Ortsrichter- und Schöppenwahl für Gemeinde Spergau.
2. Wahl eines Ortsrichters für die Gemeinde Groß-Schkorlopp.
3. Auflösung der Oberförsterei Zöckeritz.

Tageschronik

Der Reichskanzler im Großen Hauptquartier.
Lloyd Georges Sorgen um die englischen Arbeiter.
Kerenskis Ministerium neu gebildet.
Ueber ganz Rußland ist der Kriegszustand verhängt.
Wieder 23 500 To. versenkt.

Wirtschaftspolitik u. Landwirtschaft.

Kein Zweifel, Uebermenschliches und Unerhörtes vollbrachten die deutschen Heerscharen draußen und die zu Hause Gebliebenen im schlichten Arbeitskittel in gleicher Hingabe an die gewaltige Arbeit, die unseres Volkes und Vaterlandes Zukunft Sicherung gebot. Bis in die sachverständigsten Kreise hatte anfänglich die Meinung gegolten, daß der Krieg, der nunmehr eine unendlich scheinende Zeit dauert, in wenigen Wochen oder Monaten zu Ende sein müßte. Die lange Dauer und die Ernährungsschwierigkeiten haben den inneren Hader neu belebt. Die geistige Einheit, die uns eine dauernde Errungenschaft dieses schrecklichsten aller Kriege werden sollte, drohte in die Brüche zu gehen. Da es fast durchweg an einer richtigen Aufklärung der Bevölkerung gefehlt hat, ist allmählich in weiten Kreisen unseres Volkes eine gereizte Stimmung entstanden, die durch allerlei verkehrte Maßnahmen mancher Behörden nicht gerade gebessert wird. Die städtische Bevölkerung, schwer getroffen von der Teuerung, und eine Reihe anderer, nur mittelbar betroffener Kreise richteten schwere Anklagen gegen die deutsche Landwirtschaft, ohne sich dabei klar zu machen, welche gigantische Arbeit dazu gehört, eine Armee von 10—12 Millionen Kriegern und eine Heimbevölkerung von 58 Millionen Köpfen aus eigener Kraft zu ernähren. Die Landwirtschaft ihrerseits ist auf das schwerste empört über das ihr nach ihrer Meinung widerfahrene Unrecht. Alle, die sich klar darüber sind, daß in diesem Kriege die Entscheidung darüber fällt, ob wir als Volk und Reich weiter bestehen wollen oder nicht, verfolgen diese unheilvollen Entwicklungen unserer inneren Zustände mit Bangen und Schrecken. Als eine aufs äußerste erwartete Befreiung haben es daher weite Kreise empfunden, daß der neue Reichskanzler in seiner Antrittsrede vom 19. Juli ein an dieser Stelle lange nicht gehörtes Wort sprach, das, wie man allgemein hofft, dazu führen wird, die Kluften, die sich zwischen Stadt und Land aufgetan haben, wieder zu schließen und die deutschen Berufsstände der gemeinsamen Arbeit beim großen Werk am Vaterlande von neuem zuführen wird. Es läßt für die Sicherung unseres wirtschaftlichen Durchhaltens das beste erhoffen, daß der Reichskanzler mit deutscher Ehrlichkeit und männlicher Offenheit glatt die Fehler zugab, die in den vorigen Jahren gemacht wurden; denn es wird dem ganzen Volk zu Gute kommen, wenn die maßgebenden Stellen das Bewußtsein haben, daß die Landwirtschaft mit den ihr früher zugemessenen Rationen, insbesondere auch für das Vieh, unmöglich auskommen kann, und daß der gesamte Wirtschaftsplan von ganz anderen Gesichtspunkten aus angestellt werden muß. Aber auch die städtische Bevölkerung wird nach den, von dem höchsten Beamten des Reiches bei einem so feierlichen Anlasse an die Bevölkerung gerichteten Appell zu der Ueberzeugung kommen, ein wie ernstes Gebot innerer Gerechtigkeit es ist, die großen Schwierigkeiten zu würdigen, unter denen die Landwirtschaft im Kriege zu leiden hat. Geschieht das, dann wird auch die deutsche Landwirtschaft mehr als bisher das äußerste an Arbeit aufbieten, um durch erhöhte Erzeugung der Nahrungsnot in den Städten zu steuern. Nötig dazu ist vor allen Dingen, **daß der Landwirtschaft die Möglichkeit gegeben wird, ihre** Erzeugung zu steigern. Das ganze Volk würde diese ernste und dringende Notwendigkeit anerkennen. Aufklärung ist das ernsteste Gebot staatsmännischer Voraussicht und politischer Klugheit. Wenn der neue Reichskanzler dieses Gebot der Stunde zu dem seinigen macht — nach seinen Ausführungen im Reichstage und nach seiner Willenskraft darf man dessen gewiß sein —, dann wird er dem deutschen Vaterlande allein einen nicht hoch genug anzuschlagenden Dienst tun. Aufklärung darüber, daß wir Alle im Staate mit dem Wohl und Wehe unseres Vaterlandes verbunden sind, tut dringend not. Wenn die Erkenntnis der großen Zusammenhänge Allgemeingut geworden ist, dann soll und kann man dem deutschen Volke auch Ziele stecken, die es auf die im gebührende Höhe führen.

Vom Kriege

Aus dem Westen

Englische Umlügeversuche.

Berlin, 7. August. Die reichlich abgenützten Redensarten über die gewaltigen Kriegsmittel der Alliierten, den ungeheuren Munitionsaufwand, die glanzvolle Tätigkeit der Tanks und Flieger und die Tapferkeit der Infanterie, die sich in den englisch-französischen Funksprüchen häufen, sollen die Welt über den schweren Mißerfolg des flandrischen Angriffs hinwegtäuschen. Französische und englische Berichterstatter rühmen überschwenglich die Wirkung der Tanks, vergessen aber hinzuzufügen, daß 25 Panzerwagen der angreifenden Geschwader vernichtet wurden. Die üblichen Herabsetzungen der Kampfkraft und Moral der deutschen Truppen fehlen gleichfalls nicht. Wenn aber, wie der Funkspruch Lyon vom 6. August vormittags behauptet, unter Einwirkung des Feuers der Alliierten die deutsche Infanterie ihre Stellungen bereits am 18. Juli fluchtartig geräumt haben soll, so ist es doch verwunderlich, warum der, wie der Kriegsberichterstatter des „B. Tgbl." mitteilt, bereits für den 19. Juli geplante große Angriff unterblieb und warum, als man sich am 31. Juli endlich zum Angriff entschloß, dieser auffallende Mißerfolg eintrat. Bei den angeblich abgeschlagenen deutschen Angriffen handelt es sich um die bekanntgegebenen Vorstöße deutscher Stoßtrupps im Trichterfeld, die den Charakter rein örtlicher Unternehmungen und Erkundungen trugen.

Die Engländer verhielten sich auch am 6. August an der ganzen Angriffsfront ziemlich ruhig. Auch das Artilleriefeuer ging über die übliche Stärke nicht hinaus. Es wuchs zu größerer Heftigkeit lediglich südlich von Dixmuide und an der Küste, wo es planmäßigen Charakter annahm.

Im Artois war das Artilleriefeuer vorübergehend bei Loos, Lens, Mericourt und Drocourt heftiger. Mehrere Patouillenuntenehmungen wurden erfolgreich durchgeführt. An der Aisne-Front holten am Morgen des 6. August Stoßtrupps ohne eigene Verluste nördlich der Bassy-Schlucht Gefangene und Maschinengewehre aus den französischen Gräben. Westlich Reims wurde den Franzosen abermals ein Teil ihrer Eroberungen aus der April-Offensive entrissen. Am Morgen des 6. August setzten wir uns hart südlich des Aisne-Kanals in einem Kilometer Breite in den feindlichen Gräben fest und hielten sie gegen mehrere Gegenstöße. Das hier erbeutete Material war erheblich. Beiderseits der Maas war am Nachmittage des 6. August die Artillerietätigkeit rege, besonders auf der Höhe 304 und dem Toten Mann. In der Gegend von Esnes wurde im Handgranatenangriff eine stärkere französische Patrouille abgewiesen.

Ypern nur noch ein Trümmerhaufen!

Die italienischen Kriegsberichterstatter an der Westfront erschöpfen sich in Beschreibungen von den ungeheuren Schwierigkeiten, welche Engländer und Franzosen angesichts des ungünstigen Terrains, des schlechten Wetters und der Taktik der Deutschen zu überwinden haben, um die winzigen eroberten Stellungen zu halten. Das wasserreiche Erdreich erlaubt keine Herstellung von unterirdischen Verteidigungswerken. Es müssen für die Artillerie oberirdische Schutzbauten hergestellt werden, die aber sofort von der deutschen Artillerie wieder zerstöt weden. Es ist eine wahre Penelope-Arbeit, sagt „Secolo". Nur ein weiterer Vorstoß, der aber bei dem jetzigen schlechten Wetter nicht möglich ist, könnte Erleichterung bringen. Die heftige Tätigkeit der deutschen Artillerie läßt auf eine baldige große deutsche Gegenoffensive schließen. — Nach dem Korrespondenten des „Corr. d. Sera" ist Ypern nur noch ein Trümmerhaufen. Die deutsche Artillerie hält die Stadt unter einem furchtbaren Feuer, wahrscheinlich um die daselbst zusammenlaufenden Verbindungswege für die Verbündeten unbenutzbar zu machen und ihre vorgeschobenen Truppen in ihren Stellungen zu isolieren.

Vor einer neuen Offensive?

Zürich, 7. August. Das gesteigerte Artilleriefeuer an der italienischen Front wird im „Secolo" als Beginn einer neuen Offensive begrüßt. Die „Unione" meldet aus Paris, die **kommenden beiden Wochen würden die gewaltigsten Zusammenstöße des Krieges** auf allen Fronten bringen.

Artilleriekampf in den Vogesen.

Die „Basl. Nachr." melden: Auf der ganzen Front von der Schweizer Grenze bis Sennheim ist von französischer Seite neuerdings der Artilleriekampf eingeleitet worden, der von deutscher Seite die kräftigste Erwiderung findet.

Die französischen Sozialisten gegen die Regierung.

Nach Genfer Berichten aus Paris meldet die „Humanite": Die französische Sozialistenpartei der Kammer erklärte am 5. August ihren Austritt aus der Regierungsmehrheit.

Dieser Beschluß ist die Quittung der französischen Sozialisten für Ribots Absage an die Freunde der Stockholmer Konferenz. Natürlich müßte nun auch der Munitionsminister Thomas sein Amt niederlegen.

Ribot in London.

London, 7. August. (Reuter.) Ribot ist in London angekommen. Er verhandelte mit den Mitgliedern des Kriegskabinetts und wird heute einer Konferenz der Alliierten beiwohnen.

Clemenceau gegen Poincare.

Die „Südd. Korr." meldet aus Basel: Nach Pariser Meldungen vom 6. August verlangt Clemenceau im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten die Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Nachprüfung der Maßnahmen des Staatsoberhauptes in der Eingehung von Staatsverträgen ohne Zuziehung der verantwortlichen Minister.

Dieser Antrag Clemenceaus ist natürlich eine unmittelbare Folge der Enthüllungen des deutschen Reichskanzlers über den französisch-russischen Annexionsvertrag, dessen Bestehen Ribot ja bestätigt hat.

Eine „kleine Anfrage" an Ribot.

Konstantinopel, 6. August. Aufsehen erregt ein Artikel Schehib Arslans, des Deputierten vom Hauran (Syrien) im „Osman. Lloyd", der die Anfrage an Ribot richtet, ob die Abmachungen Frankreichs und Englands wegen Syriens und Palästina etwa auch auf Grund des Völkerrechts getätigt worden seien. „Sind diese „Provinzen" etwa auch Frankreich „entrissen", oder hat es sie „strategisch" nötig?" so fragt er als Osmane und Araber. Entspricht es dem Völkerrechte und den Grundsätzen der Gerechtigkeit, daß Frankreich den Algeciras-Vertrag zerriß, Marokko gewaltsam besetzte, wie auch Tunesien und Algier, oder billigt Frankreich das Völkerrecht den gelbrassigen Japanern zu, nicht aber den weiß Arabern, deren hohe Kultur anerkannt worden ist, und die sogar Europa beeinflußt hat?

Eine nicht uninteressante Mitteilung bringt übrigens heute die „Berner Tagwacht", auf die sich, wie erinnerlich, der deutsche Reichskanzler bezogen hatte. Anläßlich einer Polemik mit der „Suisse" macht die „Tagwacht" darauf aufmerksam, daß jenes leidenschaftlich franzosenfreundliche Blatt die vom Reichskanzler enthüllten Vorgänge schon am 10. Juni an die — allerdings beschränkte — Oeffentlichkeit ihres Leserkreises gebracht hat, und zwar mit folgendem Hinweis: „Die Mehrzahl der Abgeordneten hat begeistert applaudiert, als Ribot bestätigte, daß der entsetzliche Kampf, den man Frankreich aufgezwungen habe, ihm zur Sicherheit und zu seiner künftigen Entwicklung nicht nur das Elsaß mit einem vergrößerten Lothringen, sondern auch das Saarbecken und fast überall die Rheingrenze gibt. „Und Syrien?" rief einer dazwischen. Ribot antwortete: „Und Syrien auch, selbstverständlich!"

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170809-17/fragment/page=0001

Dieses Syrien, das Frankreich so liebt wie das eigene Vaterland und das die französische Sprache besitzt, die die Bevölkerung gleichzeitig mit ihrer Muttersprache erlernt, hat selbst durch eine Delegation bei Herrn Briand verlangt, beim Friedensschluß französisch zu werden.

Lloyd Georges schwere Sorge.

Bern, 7. August. Die hier eingetroffenen englischen Blätter lassen erkennen, daß die im Ausland verbreiteten Berichte über die Rede Lloyd Georges im Unterhause am 1. August folgenden bedeutsamen Satz unterdrückten: „Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Ich möchte wohl wissen, ob jedes Mitglied dieses Hauses das Explosivmaterial gewahrt, das um uns her ist." Dieser mit „hört, hört" aufgenommene Satz leitet den letzten Teil der Rede ein, in welchem Lloyd George das Haus förmlich beschwört, nicht den Rücktritt Hendersons zu verlangen, und bezeichnen ausruft: „Wenn wir anfangen, uns aufzulösen und einen wertvollen Kollegen nach dem andern in die Armeen der Feinde werfen, die für pazifistische Ziele kämpfen, dann verzweifle ich an unserm Ziele."

Henderson ist der Vertreter der Arbeiterschaft im englischen Kabinett, und mit seiner Hilfe lediglich ist es bislang immer noch gelungen, sich mit der zahlreichen und unruhigen Arbeiterschaft schiedlich-friedlich, wenn auch durch immer größere Zugeständnisse zu vergleichen. Lloyd George weiß genau, daß die Ausschiffung Hendersons die letzte Brücke abbräche und daß dann schwere innere Konflikte durch die wachsende Ernährungsnot unausbleiblich wären.

Die Bergarbeiter von Wales für den Frieden.

Bern, 7. August. Eine Konferenz des Bergarbeiter-Bundes von Südwales **lehnte es ab,** die Dienste der Organisation für die Auslese von 4575 Rekruten zur Verfügung zu stellen, das es nicht Sache der Gewerkschaften sei, mit den Militärbehörden zusammenzuarbeiten. Die Ablehnung erfolgte mit 336 gegen 25 Stimmen. Die Konferenz erklärte u. a. in einer Entschließung folgendes:

„Der Bund der Bergarbeiter von Südwales ergreift Maßnahmen, um die Ansichten der organisierten Arbeiterschaft unseres Landes in der Friedensfrage festzustellen, mit dem Zwecke, den organisierten Arbeitern der kriegführenden Länder Gelegenheit zu geben, um die Ansichten der britischen Arbeiterklasse über die Friedensregelung kennen zu lernen, und ferner anzufragen, ob sie bereit sind, die Politik der britischen Arbeiterklasse anzunehmen und Schritte zu tun, um ihre Regierungen zur Annahme ihrer Friedenswünsche zu zwingen."

Die Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen; die Konferenz vertagte sich auf den folgenden Tag.

Laut „Morning Post" haben die **englischen Arbeiter- und Soldatenräte beschlossen, sich zu organisieren,** um die ungestörte Abhaltung ihrer Konferenzen zu sichern.

Englische Revolutionsgedanken?

Aus London wird gemeldet: In einer Versammlung in Woolwich sagte das Parlamentsmitglied Snowden: Die Regierung wisse zu wenig von der eigenen öffentlichen Meinung. Die russische Revolution habe, erklärte Snowden, die unbestimmte Unzufriedenheit, die in England herrsche, in eine bestimmte Richtung gelenkt. Oft hätten reiche Parlamentsmitglieder ihn gefragt, ob er glaube, daß auch in England eine Revolution zu befürchten sei. Er habe geantwortet: Dessen sei er so sicher wie des Aufgangs der Sonne. Die internationale sozialistische Konferenz werde die Friedensbedingungen aufstellen, und falls die Regierung diese nicht annehme, bleibe nur noch eins für das Volk übrig: **dem Vorbilde Rußlands zu folgen!**

Englische Angst vor Stockholm.

Rotterdam, 7. August. „N. Rott. Cour." meldet aus London: Nach „Daily News" ist alles, was „Times", „Daily Mail" und „Morningpost" über die zunehmende Opposition der englischen Arbeiter gegen die Teilnahme an der Stockholmer Konferenz berichten, nur darauf berechnet, die Arbeiterkreise in diese Richtung zu drängen. Indessen prophezeit „Times" sogar, daß der Kongreß der Arbeiterpartei am Freitag sich vermutlich gegen den Besuch von Stockholm aussprechen wird. Sollte er sich für die Konferenz entscheiden, so würde nach der „Times" die Regierung nicht nur über die Bewilligung von Pässen zu beschließen haben, sondern darüber, ob sie den Delegierten erlauben soll, das Gesetz zu übertreten, das verbietet, sich mit den Feinden in Verbindung zu setzen. Mit einer solchen Erlaubnis würde die Regierung eine viel größere Verantwortung auf sich laden, als mit der Bewilligung der gewöhnlichen Pässe (!)

Berlin, 7. August. Wenn sich auch bei einem großen Teil der englischen Arbeiterschaft eine heftige Opposition gegen die Stockholmer Konferenz geltend mache, so werde doch nach verschiedenen Blättern angenommen, daß bei dem bevorstehenden Kongreß der englischen Arbeiterpartei die große Mehrheit für Stockholm stimmen werde.

Das englische Drängen auf Flottenoffensive.

Bern, 7. August. „Daily Mail" sagt in einem Leitartikel, daß die britische Handelsflotte seit Anfang Februar 600 Schiffe verloren habe. Das Blatt erörtert den Bau von Ersatzschiffen und schreibt dazu: Ist den der Bau von neuen Schiffen, die ihrerseits wieder um zu ihrer Zeit versenkt werden, der einzige Weg die Tauchboote zu schlagen? Neue Schiffe bauen bedeutet, daß man sich bereit macht geschlagen zu werden, während Kriege doch nur dadurch gewonnen werden, daß man den Feind schlägt. Zwei Jahre haben wir es nun mit der Defensivtaktik gegen die Tauchboote versucht, diese Taktik ist heute bankerott. Commander Bellairs wies neulich nach, daß etwa 10 000 Fahrzeuge der Alliierten sich gegen eine Anzahl deutscher Tauchboote zu wehren versuchen, die vermutlich zu keiner Zeit 70 bis 80 übersteigt. Kriegskabinett und Nation müssen sich die Frage vorlegen, ob diese Defensivtaktik fortdauern soll, bis sie den vollständigen Zusammenbruch herbeiführt oder einer anderen Platz machen soll, solange es noch Zeit ist.

Frankreichs Resignation über Rußland.

Bern, 7. August. Die Lage in Rußland wird von der französischen Presse mit wachsender Spannung verfolgt. Man verheimlicht sich nicht, daß die in der Nachtsitzung vom 3. zum 4. August erzielte Einigung nicht das Ende der Krise bedeute. „Temps" führt aus, man habe schon oft gesehen, daß in Rußland eine schwere Krise für den Augenblick beschwichtigt worden sei, um später mit alter Stärke wieder aufzuflammen. Man würde Rußland und der übrigen Entente keinen Dienst erweisen, wenn man die Lage nicht betrachten würde, wie sie tatsächlich sei. Eine Nation, die ihre Freiheit nicht disziplinieren könne, gehe der Niederlage und Zerstückelung entgegen. Diese bittere Lehre solle man auch in Frankreich bedenken. Es sei immer traurig, von den Bundesgenossen belehrt werden zu müssen. „Echo de Paris" fragt, ob sich die Vorläufige Regierung von der unordentlichen Vormundschaft der Volksmassen und der Armee werde befreien können. Von der Beantwortung dieser Frage hänge das Schicksal Rußlands ab. „Heure" erklärt, Kerenski wisse übermenschliche Anstrengungen machen, nur um Rußland zu verteidigen. Augenblicklich sei daher die Hauptsache für die westlichen Alliierten, nur auf sich selbst zu rechnen. Nur die Westmächte könnten den Sieg erringen.

Aus dem Osten

Russischer Widerstand zwischen Dujestr und Pruth.

Berlin, 7. August. Im Osten haben sich die Russen zwischen Dujestr und Pruth zu hartnäckigem Widerstand gestellt. In der Bukowina dauert der Vormarsch der Verbündeten beiderseits Suczawa an. Starker russischer Widerstand wurde nördlich der Moldau gebrochen und die Höhen nordöstlich Frosinul sowie die Höhe 868 nordöstlich Warma gestürmt. An der Bistrica wurde Lugeni besetzt und die Linie der Verbündeten bis Boroa vorgeschoben.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. August. Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen erstürmten deutsche Truppen nördlich von Focsani starke russische Verteidigungsanlagen; es wurden 1300 Gefangene und 13 Geschütze eingebracht. An der oberen Putna scheiterten schwächliche gegnerische Vorstöße. Auf dem Casinului-Berg erschöpfte sich der Feind abermals in heftigen opferreichen Angriffen. Unsere tapferen Verteidiger warfen ihn durch Gegenstoß und in erbittertem Handgemenge immer wieder zurück. Nördlich von Györgyó-Tölgyes bemächtigten wir uns mehrerer russischer Verschanzungen jenseits der Grenze. Unsre Vordringen bei Gurahumora gewann bei Ueberwindung zähen feindlichen Widerstandes weiteren Raum.

Diktatorische Maßnahmen in Rußland.

Wie aus Petersburg gemeldet wird, hat der russische Ministerrat beschlossen, um den Unruhen, Streiks und Verkehrsstockungen auf den Eisenbahnen ein Ende zu machen, alle Eisenbahnbeamten und -arbeiter zu militarisieren und sie wie die übrigen Soldaten dem Militärstrafgesetzbuch zu unterstellen.

Nach Meldungen russischer Blätter ist die „Rote Garde", die sich aus Extremen zusammensetzte, entwaffnet und unschädlich gemacht worden. Die Entwaffnung ging ohne Schwierigkeiten vonstatten, da die Vereinigung unter dem Druck der Verhältnisse die Waffen freiwillig ablieferte.

In Petersburg, Moskau, Kiew, Odessa und Rostoff am Don ist mit der Bildung einer russischen Miliz begonnen worden. Die Rekrutierung ist die gleiche wie die militärische Aushebung. Die Miliz wird militärisch ausgebildet, bewaffnet und vereidigt.

„Times" wird aus Petersburg vom 5. August berichtet, daß Kerenski befohlen hat, Proiski und Lumarcharsti wegen Mitschuld an den letzten Unruhen zu verhaften. Admiral Werderewski, der vor einiger Zeit verhaftet wurde, wird wegen Veröffentlichung militärischer Geheimnisse verfolgt werden. General Gurko steht unter der Anklage, mit dem ehemaligen Zaren einen Briefwechsel unterhalten zu haben.

Die Moskauer Garde.

Stockholm, 6. August. Der Kriegsberichterstatter des „Ultro Roffij" telegraphiert seinem Blatt, daß die Mahnworte Kerenskis an die russische Garde erfolglos blieben, da auch diese Eliteruppen selbständig ihren Posten verlassen haben. In dem Moskauer Garderegiment sind vor einigen Tagen 35 Offiziere ermordet und 28 weitere Offiziere verwundet worden. Die Truppen seien nicht zum Kampf zu zwingen, sondern desertieren und verbreiten im Innern des Landes Schrecken und Panik unter der Bevölkerung. Das Moskauer Garderegiment ist auf Veranlassung Kerenskis aufgelöst worden, alle Offiziere wurden verhaftet.

Die ukrainischen Regimenter.

Wien, 7. August. „Wien. Allg. Ztg." meldet aus Budapest: „Das in Kiew erscheinende russische Blatt „Poslednija Nowosti" teilt mit, daß das 5. ukrainische Infanterie-Regiment den Treueid an den ukrainischen Zentralrat geleistet und beschlossen hat, von nun ab nur die ukrainischen Interessen zu verteidigen.

Berlin, 7. August. Nach dem „Rußk. Slowo" hat der ukrainische Kriegsminister befohlen, allen ukrainischen Truppen zu erklären, daß der deutsch-österreichische Vormarsch die Freiheit die Ukraine und die Revolution mit Vernichtung bedrohe und sie aufzurufen, an der russischen Front für die Freiheit der Ukraine zu kämpfen. Dieses plumpe Manöver wird bei den ukrainischen Soldaten kaum Erfolg haben. Die Ukrainer werden sich selbst sagen müssen, daß die Zentralmächte keine Veranlassung haben, die Freiheit der Ukraine zu bedrohen.

Das neue Kerenski-Kabinett.

Petersburg, 7. August. (Pet. Tel.-Ag.) Das Ministerium setzt sich folgendermaßen zusammen: Ministerpräsident, Kriegs- und Marineminister: Kerenski; Geschäftsführer im Kriegsministerium: Sawinkow; Geschäftsführer im Marineministerium: Lebedew; Finanzen: Nekrasow, der damit beauftragt ist, den Ministerpräsidenten im Falle der Abwesenheit zu vertreten; Geschäftsführer im Finanzministerium: Professor Bernatzki; Inneres: Awksentiew; Aeußeres: Terestschenko; Handel und Industrie: Protopowitsch; Ackerbau: Tschernaw; Arbeitsministerium: Skobelew; Ernährung: Peschechonow; Post und Telegraph: Nikitin; Oeffentlicher Unterricht: der Akademiker Oldenburg; Justiz: Zarudny; Oeffentliche Hilfeleistung: Efremow; Staatskontrolleur: Kokoschin; Oeffentliche Arbeiten: Jurenew; Prokurator des Heiligen Synods: Kartaschew.

Kriegszustand in ganz Rußland.

Basel, 7. August. Der Korrespondent der „Morning Post" meldet aus Petersburg: Kerenski unterzeichnete ein Dekret, das das ganze europäische Rußland in den Kriegszustand erklärt.

Die neuen Russengeneräle.

Wie bereits gemeldet, ist General Kornilow zum Oberkommandierenden der russischen Armee ernannt worden. Der Nachfolger des Chefs des Generalstabes, General Lukomski, ist noch nicht ernannt worden. Die Nordwestfront untersteht dem Oberkommando des Generals Klembowski, die Westfront dem Oberkommando des Generals Dennitin, die Südwestfront wird von General Tscheremirsow und die russisch-rumänische Front von General Scherbatiew kommandiert.

Die 1. russische Armee ist unter das Kommando des Generals Sokowinien, die 2. Armee unter General Wesjolowski, die 3. Armee unter General Jakubowski, die . Armee unert General Regesa und die 5. Armee unter General Tschornij-Danilow gestellt worden. Die Oberbefehlshaber der 6., 7., 9. und 11. Armee sind ihrer Posten enthoben worden. Der Führer der 9. Armee wird vor das Kriegsgericht wegen des Durchbruchs in Galizien gestellt werden. Zum Führer der 8. Armee wurde General Polowzew (bisher Kommandant des Petersburger Militärbezirks), zum Oberkommandierenden der 10. Armee General Radkewitsch und zum Oberkommandierenden der 12. Armee General Parsky ernannt. . Der Rücktritt des ehemaligen bulgarischen Gesandten, des russischen Generals Radko Dimitriew von dem Posten des Oberkommandierenden der 12. Armee erfolgte wegen der Exzesse der maximalistischen Truppen in Riga, und weil Radko Dimitriew eingestandenermaßen glaubte, mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen keinen weiteren Krieg führen zu können.

Sämtliche neu ernannten Armeebefehlshaber werden durch eine von Kerenski ernannte Militärkommission, die aus vier Personen zu bestehen hat, überwacht, damit sie die ihnen übertragenen Machtbefugnisse nicht zum Schaden des demokratischen Geistes mißbrauchen können. Bis zurzeit haben diese Kommissionen, die allerdings erst einige Wochen bestehen, erst ein sehr problematisches Dasein geführt. Kerenski glaubt durch rücksichtslose Hochbringung der nach seiner Ansicht tüchtigsten Offiziere die Armee aus der Anarchie wieder in die Schlagfertigkeit zu retten. Man wird gut tun, die Reorganisationsarbeit Kerenski nicht zu unterschätzen.

Alles Prophezeien ist mißlich, die Hauptschwierigkeiten, die er zu überwinden hat, dürften mehr hinter der Front als an der Front liegen. Jedenfalls schlagen sich die geworfenen russischen Truppen noch immer über Erwarten gut.

Lenin in Freiheit!

Der Petersburger Korrespondent der „Times" meldet: Lenin und Sinowiew, die flüchtig sind, veröffentlichen im Kronstädter extremen Organ einen Brief, worin sie ihren Entschluß, sich den Gerichten zu stellen, mit der Begründung zurücknehmen, es wäre jetzt in Rußland keine revolutionäre Gerechtigkeit, deshalb zögen sie es vor, in Freiheit zu bleiben.

Die Erschöpfung Rumäniens.

Zürich, 6. August. Die „N. Zür. Ztg." meldet, die Zustände im unbesetzten Rumänien seien unerträglich und grenzen ans Unglaubliche. Die Not sei nicht zu bemältigen. Die Unmöglichkeit der Säuberung der Hauptstraßen Jassys, wo laut amtlichen Bericht 8000 Tierleichen umherlagen, Flecktyphus, Wechselfieber, Cholera, Mangel an Medikamenten und Nahrung rufe allgemeine Mißstimmung hervor. In vielen Gegenden werde nur einmal wöchentlich Brot verteilt. Die Kräfte Rumäniens seien erschöpft.

Der Seekrieg

Neue 23 500 To. versenkt.

Berlin, 7. August. (Amtlich.) Neue U-Booterfolge im englischen Kanal und Atlantischen Ozean: **23 500 Br.-R.-To.**

Unter den versenkten Schiffen befanden sich der bewaffnete englische Dampfer „City of Florence" (5399 To.) mit Leder, Kartoffeln und Früchten von Valencia nach London, sowie drei bewaffnete Dampfer, von denen einer aus Sicherung herausgeschossen wurde. Ein versenkter Viermastschooner hatte Petroleum von Newyork nach Le Havre geladen.

Das freigegebene U. B. 30.

Maasluis, 7. August. Das freigelassene deutsche U-Boot U. B. 30 ist heute morgen in Begleitung zweier niederländischer Torpedoboote in See gegangen.

Weitere U-Bootsbeute.

Bern, 6. August. „Progres de Lyon" berichtet über Madrid aus Huelva, daß der norwegische Dampfer „Hallbort" von einem deutschen U-Boot 15 Meilen von der Hafeneinfahrt entfernt versenkt worden ist.

Amsterdam, 7. August. Wie die Nied. Tel.-Ag. meldet, wurde in Ymuiden die Besatzung des dänischen Seglers „Amor" gelandet, der von einem deutschen U-Boot versenkt wurde.

Die Mitwirkung Brasiliens.

Bern, 6. August. Nach einer „Temps"-Meldung aus Rio de Janeiro hat die Regierung 16 Schiffseinheiten dazu bestimmt, Patrouillenfahrten im Südatlantischen Ozean durchzuführen.

Der Krieg gegen Italien

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 7. August. Auf dem Fassaner Kamm südöstlich von Canale brach ein italienischer Vorstoß in unserem Feuer zusammen; das feindliche Bataillon flüchtete in voller Auflösung.

Am Isonzo ließ gestern der Geschützkampf wieder nach.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170809-17/fragment/page=0002

Glänzende Beweise für Deutschlands Verteidigungskrieg.

Berlin, 7. August. Wie aus einem Leitartikel des „Avanti" vom 5. August hervorgeht, werde die Aufsehen erregende Enthüllung des Reichskanzlers Michaelis über den Geheimvertrag Poincares mit dem Zaren, der Frankreich Gebietsansprüche auf das linke Rheinufer zusicherte, von der Zensur in den Ententeländer unterdrückt. Der „Avanti" schreibt, er wolle nicht im Hinblick auf das sogenannte Völkerrecht über den französischen Vertrag diskutieren, kraft dessen deutsche Volksstämme, deren deutsche Abstammung niemand bezweifeln kann, vom Mutterlande losgerissen werden sollten, um gegen ihren Willen einen sogenannten Pufferstaat zu bilden und schließt wörtlich: Wir müssen feststellen, daß die Regierung der Entente nicht nur in schriftlichen Verträgen, sondern auch in mündlichen Kundgebungen über die Kriegsziele der deutschen Regierung glänzende Beweise lieferten, um dem deutschen Volk zu zeigen, daß es für nicht anderes als die nationale Verteidigung kämpft.

Der Krieg mit Amerika

Die Durchleuchtung der Neutralen.

Newyork, 6. August. Washingtoner Berichterstatter der „Assoc. Preß" berichtet, daß demnächst ein Abkommen mit den neutralen Staaten über die Verschiffung von Lebensmitteln aus den Vereinigten Staaten getroffen werden wird. Mehrere neutrale Länder haben bereits versprochen, daß sie die aus Amerika bezogenen Waren nicht nach Deutschland ausführen und sie auch nicht als Ersatz für Lebensmittel, die nach Deutschland ausgeführt wurden, verwenden werden. Die Neutralen werden ersucht, anzugeben, wie viel Eiweiß, Kohlenhydrate und Fette sie nötig haben, damit ihr Bedarf pro Kopf der Bevölkerung berechnet werden kann.

Ein Ultimatum Argentiniens?

Havas berichtet aus Neuyork: Wie ein Telegramm aus Buenos Aires meldet, hat die argentinische Regierung die mit dem deutschen Gesandten hinsichtlich des „Toro" geführten Verhandlungen abgebrochen, da sie zu keinem genügenden Ergebnis geführt haben. Die Regierung richtete eine kategorische letzte Note an die deutsche Regierung, in der innerhalb einer angemessenen Frist eine endgültige Entscheidung gefordert wird.

Man wird die über Neuyork an Havas gelangte Nachricht bis auf weiteres nicht ohne Vorbehalt aufnehmen dürfen.

Wachsender Zuckermangel.

Amsterdam, 7. August. Die Zuckerproduktion 1916 und 1917 weist in Argentinien ein bedeutendes Defizit auf. Sie ist nicht höher als 84 069 Tonnen, gegenüber 149 299 Tonnen im Jahre 1915/16 und 333 956 Tonnen im Jahre 1914/15.

Aus dem fernen Osten

Chinas Kriegserklärung.

Newyork, 6. August. Die „Assoc. Preß" meldet aus Peking: Der Präsident hat am Donnerstag den einstimmigen Beschluß des Kabinetts gutgeheißen, an Deutschland und Oesterreich-Ungarn den Krieg zu erklären.

Die Neutralen

Kriegserklärung Liberias.

Basel, 7. August. Havas berichtet aus Paris, die Regierung der Republik Liberia erklärte Deutschland den Krieg. Die deutschen Untertanen wurden verhaftet und an Bord eines alliierten Kreuzers verbracht.

Die Knebelung norwegischer Reedereien.

Christiania, 7. August. Zur Reutermeldung über Aeußerungen Nansens in Washington über die norwegische Tonnage, schreibt „Aftenposten", es sei allgemein bekannt, daß jetzt fast sämtliche norwegische Reeder die englischen sogenannten Bunkerbedingungen hätten annehmen und sich zu Pflichtreisen sowie zu allen Frachtabschlüssen in Timschartier hätten verpflichten müssen. Während früher ein großer Teil des norwegischen Schiffsraums in gefahrfreier sehr lohnender Amerikafahrt sowie im fernen Osten für Rechnung der Befrachter in China, Japan und Indien beschäftigt gewesen sei, wären jetzt die norwegischen Reeder immer mehr gezwungen, auch diese Schiffe der Entente zur Fahrt in der europäischen Kriegszone zur Verfügung zu stellen, obwohl sie sich mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hätten. Dabei müßten sie sich trotz der großen Kriegsgefahr in europäischer Fahrt mit Frachten begnügen, die nicht einmal den amerikanischen in gefahrfreien Gewässern entsprächen. Jetzt aber verlaute, daß auch Amerika die Einführung von Höchstfrachten beabsichtige.

Wir glauben gern, daß diese englische „Freiheit der Meere" den Herrn Norwegern recht bitter eingeht. Die norwegische Tonnage wird sich nun in beschleunigtem Tempo verringern. Und das ist den Herrschaften recht gesund!

Die Kriegskarte und der Friede.

Berlin, 7. August. Der „Rott. Cour." vom 6. August schreibt: Die Kriegskarte wird auf die Beschaffenheit des Friedens großen Einfluß haben, denn beim Frieden muß mit den Dingen gerechnet werden so wie sie sind und nicht wie sie hätten sein können. Die Friedensgrundlage hat sich jetzt wieder für die Zentralmächte vorteilhaft verändert. Binnen kurzem werden die Russen kein österreichisches Gebiet mehr besetzt halten, was seit den ersten Kriegsmonaten nicht mehr der Fall war. Für die Grundlage der Friedensfrage und für die ganze Kriegslage bedeutet das eine wichtige Veränderung. So ist also die russische große Offensive zum Vorteil für die Zentralmächte ausgelaufen, wobei sie ungewollt zur Verwirklichung des annexionslosen Friedenszieles der Russen beigetragen hat, denn die Russen wurden aus dem einzigen Gebiet, das sie annektiert hatten, vertrieben.

Aus Stadt und Umgebung

Für die Stelle des 2. Bürgermeisters unserer Stadt

kommen, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, zwei Herrn in die engere Wahl, und zwar sind dies Regierungsassessor Leisterer-Nordhausen und Stadtamtmann Dr. Theißig-Dresden. Die Wahl wird am nächsten Montag erfolgen.

Personalien.

Landwirt Gustav Buschendorf wurde zum Ortsrichter und Landwirt Louis Brauer zum Schöppen für die Gemeinde Spergau auf die Dauer von 6 Wochen wiedergewählt und vom hiesigen Landrat bestätigt. — Gutsbesitzer Otto Schröter wurde für die Gemeinde Großschkoplopp zum Ortsrichter auf die Dauer von 6 Jahren wiedergewählt.

Ueber die Brennstoffversorgung

finden unsere Leser im heutigen Inseratenteil eine wichtige amtliche Bekanntmachung, wonach die Händler, die Brennstoffe im Kreise mit Ausnahme der Stadt Merseburg einführen oder von einem Erzeuger innerhalb des Bezirks beziehen, ein Drittel der bei ihnen lagernden oder eingehenden Brennstoffe zur Verfügung der Kreis-Kornstelle zu halten haben.

Ein schwerer Unfall

ereignete sich auf dem Anschlußgleis der hiesigen Königsmühle. Beim Rangieren wurde der Arbeiter Polatzky tödlich überfahren.

Tivoli-Theater.

Der gestrige Abend brachte uns Wildenbruchs „Haubenlerche". Das Theater war gut besucht. Die wohlgelungene Aufführung fand starken Beifall unter der bewährten Leitung des Herrn Eckhardt, der auch selbst als „Onkel Ale" eine treffliche Leistung bot. Als „Lene" war Frl. Drießen in diesem „sozialen" Drama sehr gut und zeigte ein sehr sicheres Spiel. Besonders hervorzuheben ist noch „Otto Imhoffs" August, der in Paul Schuch einen gefährlichen Rivalen hatte. Als Ersatz für den fehlenden 1. Liebhaber war der Paul Ilefeld von Herrn Senfels sehr gut. Durch ihren guten Berliner Dialekt gefiel Helene Deter-Pauli sehr. Es war eine sehr gute Gesamtleistung, die wohl zu den besten der Schauspielaufführungen dieser Spielzeit zählen kann.

Die Schwierigkeiten der Zuckerversorgung

sind bekanntlich nicht alsbald nach Kriegsausbruch, sondern erst geraume Zeit später aufgetreten. Ueber die Ursachen, die dazu geführt haben, daß die im Inlande befindlichen Vorräte nicht, wie anfänglich vielfach angenommen wurde, für einen mehrjährigen Zeitraum zureichten, unterrichten zwei Aufsätze von Dr. R. Follenius über „Die Zuckerindustrie nach Kriegsbeginn" und „Die Ursachen der Zuckerknappheit seit dem zweiten Kriegsjahr", die in Heft 12/13 der von der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Kriegsernährungsamts herausgegebenen Beiträge zur Kriegswirtschaft erschienen sind. In diesen Untersuchungen von Dr. Follenius und in einer Arbeit von Dr. Fesmann, die nach einem Ueberblick über die Zuckererzeugung und den Zuckerverbrauch vor dem Kriege den Gang der deutschen Zuckerwirtschaft bis zur Begründung der Reichszuckersteuer im April 1916, hierauf die Tätigkeit dieser Reichsstelle nach der Seite der Verteilung und des Verbrauchs vor Augen führt, werden als Ursachen der gegenwärtigen Zuckerknappheit nachgewiesen: 1. Die natürlichen Schwierigkeiten des Zuckerrübenanbaues und der Zuckererzeugung als Folge des Kriegszustandes, 2. die Einschränkung der Anbaufläche im Betriebjahr 1915/16 durch gesetzliche Maßnahmen, 3. die Verwendung von Zuckerrüben und Zucker zu anderen Zwecken als der Verbrauchszuckererzeugung und der menschlichen Ernährung und 4. die Verschiebung innerhalb der einzelnen Bedarfsgruppen. Die vorsichtige Bewirtschaftung des Zuckers im Wirtschaftsjahr 1916/17 ermöglichte eine reichlichere Freigabe von Zucker an gewerbliche Betrieb, vorzugsweise zur Herstellung von Aufstrichmitteln, und die Freigabe von 180 Millionen Pfund Zucker zur häuslichen Obstverwertung. Es kommt hierbei in Betracht, daß der Rübenbau im Jahre 1915 um fast ein Drittel der bisher bestellten Fläche sank, wodurch im Verein mit der außerordentlichen Trockenheit des Frühsommers 1915 die Erzeugung auf 30 Millionen Zentner gegen etwa 50 Millionen im Durchschnitt der letzten Jahre herabging, doch ist dieses Manko jetzt durch vermehrten Anbau zum Teil ausgeglichen, und erhöhte Preise haben den Rübenbauern neue Anreize gegeben. Die Kriegsbewirtschaftung des Zuckers lehrt jedenfalls, wie notwendig die Förderung und der Schutz der zuckerrübenbauenden Landwirte und der Zuckerindustrie zur Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes auch in kommenden Zeiten ist.

Aus Provinz und Reich

Unglücksfall.

Rathenow, 8. August. Auf der Brandenburgischen Städtebahn ist der Abendzug entgleist. Sechs Personen sind verletzt worden, darunter zwei schwer.

Gerichtszeitung

Zu 150 000 Mark Geldstrafe

verurteilte das Landgericht Würzburg den Malzfabrikanten Josef Ullmann in Karlstadt, der an norddeutsche Firmen etwa 3000 Zentner Malz verkauft und dabei einen Reingewinn von 11 000 Mark erzielt hat.

Turnen, Spiel und Sport.

Wir bitten die hiesigen Turn- und sportreibenden Vereine, uns mit ihren Veranstaltungen auf dem laufenden zu halten, damit entsprechende Würdigung in dieser Spalte erfolgen kann. (Die Redaktion.)

Schwimmfest in Merseburg. — Am 26. August findet in der Sternbergschen Badeanstalt ein vom Verein zur Förderung der Jugendpflege angesetztes Schwimmfest statt. Schon im vorigen Jahre fand eine gleiche Veranstaltung statt, die gut besucht wurde. Hoffentlich beteiligen sich auch in diesem Jahr wieder recht viele Schwimmer. Alle Mitglieder der hiesigen Sportvereine, sowie sämtliche jungen Merseburger, welche am 31. Juli das 12. Lebensjahr beendet und das 20. nicht überschritten haben, können sich beteiligen. Das Schwimmen findet in drei Klassen statt und zwar 12—14 Jahre 1. Klasse, 15—17 Jahre 2. Klasse und 18—20 Jahre 3. Klasse. Wer das 14. Lebensjahr überschritten gehört in die 2. Klasse, ebenso derjenige in die 1. Klasse, welcher das 17. Lebensjahr überschritten hat. Die sonstigen Bedingungen sind sehr günstig gestellt. Das Schwimmprogramm stellt sich zusammen aus: 1. Brustschwimmen, 2. Staffetten, 3. Damenschwimmen, 4. Wasserballspiel, 5. Staffette außer Wettbewerb, 6. Springen und 7. Streckentauchen. Zum Schluß findet eine komische Wasserpantomine statt. Meldungen, welche Namen, Geburtstag und Jahr enthalten müssen, sind bis spätestens 15. August an Herrn F. W. Bennecke, Große Ritterstr. 7, abzugeben. Bereine sollen ihre Meldungen gesammelt abgeben. Meldungen von Vereinsstaffetten sind sehr erwünscht.

Wettervoraussage

Donnerstag, 9. August:

Ziemlich trübe, warm, Regen und Gewitter.

Letzte Depeschen

Abg. Schiffer Direktor im Reichsschatzamt.

Berlin, 7. August. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Die Mehrbelastung des Reichsschatzamtes mit Ausgaben, die durch die Kriegsfinanzierung bedingt sind, daneben aber auch die Vorarbeiten für die demnächstige Finanzgesetzgebung nach dem Kriege machen es notwendig, daß die dritte Abteilung des Schatzamtes, in der ein wesentlicher Teil der Steuergesetzgebung verarbeitet wird, einen besonderen Leiter erhält. Mit dieser Leitung ist der Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer unter Verleihung des Titels eines Direktors mit dem persönlichen Rang der Räte erster Klasse betraut worden. Es wird beabsichtigt, in dem auch infolge Teilung des Reichsamtes des Innern notwendig werdenden Nachtragsetat die Stellung eines Abteilungsleiters in die eines zweiten Staatssekretärs umzuwandeln.

Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 8. August.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

An der flandrischen Schlachtfront hat sich der Feuerkampf gestern abend wieder zu großer Heftigkeit gesteigert. Im Küstenabschnitt stießen die Engländer nachts nach Trommelfeuer mit starken Kräften von Nieuport nach Norden und Nordosten vor. Sie wurden im Nahkampf zurückgeworfen. Zwischen Draaibank (nordöstlich von Dixmuiden) und Freezenberg führte der Feind nach Einbruch der Dunkelheit wiederholt starke Teilangriffe gegen unsere Linien. Auch hier wurde er überall verlustreich abgewiesen. Im Artois lebhafte Feuertätigkeit zwischen dem La Bassee-Kanal und der Scarpe. Englische Erkundungsvorstöße gegen mehrere Abschnitte dieser Front scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

In den Abendstunden lebte das Feuer längs des Chemin des Dames auf. Auf dem Ostufer der Maas brachte ein kühner Handstreich badischer Sturmabteilungen, die in den stark verschanzten Caurieres-Wald eindrangen, eine Anzahl Gefangene ein.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Generalfeldmarschall Prinz Leopold von Bayern.

Keine größeren Kampfhandlungen.

Front des Generalobersten Erzherzog Josef

In den Waldkarpathen setzten sich österreichisch-ungarische Regimenter mit stürmender Hand in Besitz mehrerer jäh verteidigter Bergkuppen. Südlich des Mgr. Casnului und nördlich des Klosters Lepsa wurden neue rumänische Angriffe abgeschlagen.

Heeresgruppe Generalfeldmarschall von Mackensen.

An der Einbruchsstelle in die feindliche Linie nördlich von Focsanu wurde erbittert gekämpft. Wir erweiterten unseren Erfolg. Russen und Rumänen führten starke, aber ergebnislose Gegenangriffe, bei denen 12 feindliche Regimenter durch Gefangene bestätigt wurden.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Erster Generalquartiermeister: Ludendorff

Die neue Londoner Kriegskonferenz.

London, 7. August. (Reuter.) Die Konferenz der Alliierten begann heute in London. Es wurden zwei lange Sitzungen abgehalten. An der Konferenz nehmen teil: Die britischen Minister Sonnino, Ribot, der französische Munitionsminister Thomas, der englische Botschafter in Paris und eine Anzahl anderer Vertreter der Alliierten, sowie hohe Militärs.

(Die Aufmachung der neuen Ententebratung bestätigt aufs neue die Vermutung, daß wir vor neuen großen militärischen Anstrengungen des Vielverbandes stehen.)

Die Forderungen der Inder.

Haag, 7. August. Aus London wird gemeldet: Während die vielen Reden zum vierten Kriegsjahre die Teilnahme der Kolonien begeistert priesen, wurde Indien nicht mit einem Worte erwähnt. Die Ursache dieses Schweigens ergibt sich aus einem „Times"-Telegramm vom 30. Juli aus Bombay, worin berichtet wird, daß die vereinigte Versammlung des Kongresses der Inder und des Ausschusses der mohammedanischen Verbände, der Vertreter aus allen Teilen Indiens beiwohnten, am 28. und 29. Juli in Bombay stattfand, dem Kolonialminister und Vizekönig eine Denkschrift überhandte, worin vier Wege angegeben werden, die herrschende Entrüstung beschwichtigen und das Vertrauen in Indien wiederherstellen könnten". Diese vier Wege sind: 1. daß die Reichsregierung Indien sofort zu einem sich selbst regierenden Teile des Reiches machen und Indien Gelegenheit geben möge, zur Verwirklichung seiner Wünsche mitzuwirken; 2. daß sofort die schon gemachten Aenderungsvorschläge in der Verwaltung Indiens von der Reichsregierung angenommen werden als Grundlage einer Verfassung, die unmittelbar nach dem Kriegsende in Kraft treten soll; 3. daß die englisch-indische Regierung etwaige Gegenvorschläge sofort zur Diskussion veröffentlichen soll und 4. daß die Unterdrückungspolitik in Indien sofort aufhören müsse und die bekannte Vorkämpferin für Indiens Rechte Frau Annny Besant unverzüglich in Freiheit gesetzt werde. (Von der Verhaftung dieser auch in England außerordentlich bekannten und hochgeschätzten politischen Schriftstellerin war bisher nichts bekanntgemacht worden.) Die Versammlung hat mehrere Beschlüsse gefaßt, von denen einer dahin geht, daß falls die Regierung nichts von dem Verlangten zugestehen sollte — die Inder sich weigern werden, weiter in den englischen Verwaltungskörpern Indiens mitzuwirken, also künftig alle Verantwortung den Engländern selbst überlassen. Da die Versammlung geheim war, ist weiter nichts bekanntgeworden. — Eine öffentliche Versammlung, in der die politische Lage behandelt werden sollte, wurde unter größter Verwirrung von der Polizei aufgelöst.

Herbe aber gerechte Kritik gegen Lloyd George.

Basel, 7. August. In der Rede Lloyd Georges in der Londoner Queenshall schreibt die „Nationalzeitung": Lloyd George hat eine beklagenswerte aufreizende Rede gehalten, die bei jedem Unvoreingenommenen nur die peinlichsten Empfindungen erwecken muß. Er sprach wie ein Demagoge, der nervös wird, weil er fühlt, daß die Zustimmung der Hörer ihm entgleitet und der, um rasch zu wirken, bedenkenlos zu den vergifteten Waffen der Beredsamkeit greift. Wenn auch die Aufgabe des britischen Premierministers eine kaum zu lösende war, er hätte vor so handgreiflichen Verdrehungen, vor so unbeweisbaren Behauptungen dennoch zurückschrecken müssen. Findet sich in England, dem Vaterland der großen Staatsmänner, niemand, der Lloyd George begreiflich macht, daß er mit solchen würdelosen Reden das Land entehrt, dessen Vertreter in seiner höchsten Not zu sein er die unverdiente Ehre hat? Man hat den Einbruch einer starken Ratlosigkeit in den Ententekreisen, die sich vor einer mächtig wachsenden Friedensströmung in ihren eigenen Völkern sehen.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170809-17/fragment/page=0003

Bekanntmachung, betreffend Brennstoffversorgung.

Auszug aus der Bekanntmachung über die vorläufige Regelung der Brennstoffversorgung vom 20. Juli 1917.

Auf Grund der §§ 1, 2 und 6 der Bekanntmachung über Regelung des Verkehrs mit Kohle vom 24. Februar 1917 (R. G. Bl. S. 167) und der §§ 1 und 7 der Bekanntmachung über die Bestellung eines Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R. G. Bl. S. 193) wird bestimmt:

§§ 1 bis 3 usw.

§ 4.

1. Die Händler, welche Brennstoff in den Bezirk eines Kommunalverbandes oder einer Gemeinde einführen oder von einem Erzeuger innerhalb des Bezirkes beziehen, sind auf Verlangen des Vorstands des Kommunalverbandes, in Gemeinden von mehr als 10000 Einwohnern auf Verlangen des Gemeindevorstandes, verpflichtet, bis zu einem Drittel der bei ihnen lagernden und eingehenden Brennstoffe zur Verfügung dieser Behörde zu halten und den von der Behörde bezeichneten Personen zu überlassen sowie die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

2. Die in Absatz 1 bezeichnete Behörde kann aus dieser Menge zur Befriedigung eines dringenden Verbrauchsbedürfnisses der Landwirtschaft, des Kleingewerbes oder der Haushaltungen Brennstoffe den Verbrauchern zuweisen.

3. Bei einem Händler, der für Verbraucher verschiedener Bezirke liefert, übt der für die gewerbliche Niederlassung des Händlers zuständige Gemeinde- oder Kommunalverbandsvorstand die vorstehend angegebenen Befugnisse aus. Er hat auf Ersuchen der Vorstände der anderen beteiligten Bezirke in demjenigen Verhältnis zu entsprechen, in welchem der Händler im Jahre 1916 an Verbraucher der beteiligten Bezirke geliefert hat. Im Streitfalle entscheidet der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

4. Diese Vorschrift bezieht sich nicht auf Brennstoffe, welche von den Händlern nachweislich zur Lieferung an solche gewerbliche Verbraucher bezogen werden, die unter die in § 1 genannte Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung v. 17. Juli 1917 fallen. Sie bezieht sich ferner nicht auf Brennstoffe, die im Durchgangsverkehr auf Bahnhöfen und Umschlagplätzen lagern und eingehen.

§§ 5 usw.

§ 6.

1. Zuwiderhandlungen gegen die §§ 1 und 2 und gegen die auf Grund des § 4 von den Vorständen der Gemeinden und Kommunalverbände getroffenen Anordnungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10000 ℳ oder mit einer dieser Strafen bestraft.

2. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 7.

Diese Bestimmungen treten am Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 20. Juli 1917.

Der Reichskommissar für die Kohlenversorgung.
gez. Stutz.

Veröffentlicht.

1. Die Händler, welche Brennstoffe im Kreise mit Ausnahme der Stadt Merseburg einführen oder von einem Erzeuger innerhalb des Bezirks beziehen, haben 1/3 der bei ihnen Lagernden und eingehenden Brennstoffe zur Verfügung der Kreis-Kornstelle zu halten.

2. Sie haben zu diesem Zwecke der Kreis-Kornstelle Kreishaus Kleine Ritterstraße Nr. 15 Zimmer 9 sofort nach Eingang der Brennstoffe unter Vorlegung der Frachtbriefe, Liegerscheine usw. persönlich oder schriftlich anzuzeigen:
   a) welche Mengen und Arten sie in den Kreis eingeführt haben, getrennt nach: Steinkohlen, Anthrazit, Steinkohlenbriketts, aller Art, Braunkohlen, Braunkohlenpreßsteine, Braunkohlenbriketts aller Art und Koks jeder Art.

3. Die Kreis-Kornstelle bestimmt in jeden einzelnen Falle, an welche Stelle die in Anspruch genommenen Mengen abzuliefern sind.

4. Der Händler hat die zur Uebergabe erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

5. Die Anzeigepflicht erstreckt sich nicht auf Brennstoffe, die von Verbrauchern des Kreises Merseburg auf Grund eines von der Kreis-Kornstelle ausgestellten Bezugsscheines unmittelbar vom Erzeuger (mit Geschirr von den Gruben) bezogen werden.

Merseburg, den 5. August 1917.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.
J. V.: v. Grone.

Bekanntmachung.

Die Oberförsterei Zöckeritz wird mit Ende September 1917 aufgelöst. Die Schutzbezirke Kämmerei und Petersberg werden der Oberförsterei Schkeuditz zugelegt, welche vom 1. Oktober 1917 ab die dienstliche Bezeichnung Oberförsterei Halle a. S. erhält. Die Oberförsterstelle Halle a. S. ist vom 1. Oktober ab dem Forstmeister Tzschaschel mit dem Amtssitze in Halle a. S. übertragen. Die Schutzbezirke Niemegk, Gottsch, Sandersdorf und Mühlbeck der aufgelösten Oberförsterei Zöckeritz werden der Oberförsterei Rothehaus zugelegt, welche vom 1. Oktober 1917 ab die Bezeichnung Oberförsterei Gräfenhainichen führen wird, nach welchem Orte der Amtssitz des Revierverwalters verlegt werden wird.

Vorstehendes bringe ich hiermit zur allgemeinen Kenntnis.

Merseburg, den 6. August 1917.

Der Königliche Landrat.
J.-Nr. 8642 L. J. V.: v. Grone.

Bekanntmachung.

Nr. Pa. 9/8. K. R. A.

Auf Grund des Artikels 68 der Reichsverfassung, des § 9b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (G.-S. S. 451ff.) in Verbindung mit dem Gesetze vom 11. Dezember 1915 (R.-G.-Bl. S. 813) betreffend Abänderung des Belagerungszustandsgesetzes wird hiermit im Interesse der öffentlichen Sicherheit die Herstellung von Papiermundtüchern und Papiertischtüchern verboten. Gestattet bleibt die Herstellung gewebter Papiertischtücher und gewebter Papiermundtücher.

Für die Bewilligung von Ausnahmen ist das Königlich Preußische Kriegsministerium, Kriegsamt, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Sektion Pa, Berlin SW 48, Verlängerte Hedemannstraße 10, zuständig.

Jegliche Zuwiderhandlung oder Anreizung zur Zuwiderhandlung gegen dieses Verbot wird, soweit die allgemeinen Strafgesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Liegen mildernde Umstände vor, so kann auf Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark erkannt werden.

Magdeburg, den 4. August 1917.

Der stellvertr. Kommandierende General des IV. A.-K.:
Frhr. von Lyncker.
General der Infanterie, à la suite des Luftschiffer-Bataillons Nr. 2.

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet am 9. August 1917 statt

bei Möbius, Tiefer Keller Nr. 1

nachmittags von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 1901—2000
" " 3—4 " " " " 2001—2100

Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch oder Fleischwaren besteht nicht.

Merseburg, den 8. August 1917. **Das städtische Lebensmittelamt.**
L. N. I. 185/17.

Bekanntmachung.
:: Berichtigung. ::

In der gestrigen Bekanntmachung betreffend Erzeugerhöchstpreise für Gemüse und Obst muß es heißen:
Gruppe 3: (Falläpfel, Schnittäpfel und Mostbirnen) **Mark 8.00** (nicht Mark 7.00).

Merseburg, den 8. August 1917.

Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.
J.-Nr. 4228 K. W.

Bekanntmachung.

Der Landwirt **Gustav Buschendorf in Spergau** ist zum Ortsrichter und der Landwirt **Louis Brauer in Spergau** ist zum Schöppen für die Gemeinde Spergau auf die Dauer von 6 Jahren wieder gewählt und von mir bestätigt worden.

Merseburg, den 4. August 1917.

Der Königliche Landrat.
J. V.: v. Grone.
J.-Nr. 3792 K. A.

Bekanntmachung.

Der Gutsbesitzer **Otto Schröter in Großschkorlopp** ist zum Ortsrichter für die Gemeinde Großschkorlopp auf die Dauer von 6 Jahren wieder gewählt und von mir bestätigt worden.

Merseburg, den 4. August 1917.

Der Königliche Landrat.
J. V. v. Grone.
J.-Nr. 3790 K. A.

Kartoffelkarte,

auf den Namen H. Lehmann lautend, **verloren.** Abzugeben gegen Belohnung **Luisenstr. 2.**

Kümmel

empfiehlt

Emil Weidling
Obere Breitestraße 19.
(Fernruf 667.)

Wir suchen zum
sofortigen Antritt
zur Bewachung d. Kriegsgefangenen
Hilfswachtleute.
Bennaer Kohlenwerke.

Junger Kaufmann
sucht für 15. August 1917 Stellung **als Kontorist.** Offerten unter Angabe der Gehaltszahlung an die Expedition dieses Blattes.

Sauberes, tüchtiges
Mädchen
für Küche u. Haus, bei gutem Lohn, zum 1. September gesucht.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Gesucht wird für sofort oder später ein fleißiges
Mädchen
welches in besserem Haushalt gedient hat.
Bergmann, Halle a/S.
Reilstr. 98c II.

Ein starkes u. ein mittleres Pferd
verkauft **Wilh. Schmidt** Querfurt.

Ein kleines Haus
mit Garten in Merseburg od. näherer Umgegend wird zu mieten oder zu kaufen gesucht.
Offerten mit näheren Angaben erbitte unter **P. H.** in der Exped. dieser Zeitung abzugeben.

Weiße Mauer 14,
ist die Parterre und erste Etage **sofort zu vermieten** und 1. Oktober und 15. November d. Jrs. zu beziehen.

Gut möbliertes Zimmer
für **2 Herrn sofort zu vermieten.** Offerten unter **P. St.** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gussei. Kessel
empfiehlt **H. Müller,**
Schmale Straße 19.

Mit Rücksicht auf die in letzter Zeit mehrfach vorgekommenen Zuwiderhandlungen gegen die Polizeiverwaltung vom 22. August 1888, betreffend das Schlafstellenwesen in der Stadt Merseburg, bringen wir die nachstehend abgedruckte Polizeiverordnung nochmals zur Kenntnis der Beteiligten mit dem Bemerken, daß Zuwiderhandlungen im Interesse der Volksgesundheit und Sittlichkeit mit strengen Strafen belegt werden müssen.

Polizei-Verordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 sowie des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 und unter Zustimmung des Gemeinde-Vorstandes wird für den Polizeibezirk der Stadt Merseburg folgendes verordnet:

§ 1. Niemand darf Personen mit oder ohne Verpflegung gegen Entgeld in Schlafstelle aufnehmen, wenn er für dieselben nicht genügende, den nachstehenden Bestimmungen entsprechende Schlafräume hat:
   a) die Schlafräume müssen gedielt, mit einer verschließbaren Tür und mindestens einem Fenster versehen sein und dürfen nicht mit den eigenen Wohn- und Schlafräumen des Aufnehmenden, auch nicht mit Abtritten in offener Verbindung stehen;
   b) jeder Schlafraum muß mindestens 2,20 m im Lichten hoch sein, für jede Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum enthalten und täglich gereinigt werden;
   c für je 2 Aufgenommene muß mindestens ein Waschgeschirr vorhanden sein;
   d auf der Innenseite der Tür des Schlafraumes muß eine Tafel angebracht sein, auf welcher die zulässige Zahl der den Schlafraum benutzenden Personen angegeben ist.

§ 2. Die Schlafräume dürfen als solche nicht von Personen verschiedenen Geschlechts, wenn diese nicht miteinander verheiratet sind, benutzt werden, auch mit Räumen, in welchen Personen anderen Geschlechts schlafen, nicht offen verbunden sein.

§ 3 Wer Personen mit oder ohne Verpflegung gegen Entgeld in Schlafstelle aufnimmt (§ 1), muß davon unter Angabe der Zahl der aufzunehmenden Personen und der für dieselben bestimmten Räumlichkeiten der Polizei-Verwaltung binnen 3 Tagen Anzeige machen. Jede Veränderung der Zahl der augenommenen Personen, sowie der für sie bestimmten Räumlichkeiten ist in derselben Frist zur Anzeige zu bringen.

§ 4. Auf Diejenigen, welche zur Zeit des Inkrafttretens dieser Verordnung Personen mit oder ohne Verpflegung gegen Entgelt in Schlafstelle aufgenommen haben, finden die vorstehenden Bestimmungen ebenfalls Anwendung. Die im ersten Satze des § 3 vorgeschriebene Anzeige muß innerhalb 14 Tage nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung der Polizei-Verwaltung erstattet werden.

§ 5. Jede Zuwiderhandlung gegen die vorstehenden Bestimmungen wird mit Geldstrafe bis zu 9 Mk. ev. verhältnismäßiger Haft bestraft.

§ 6. Diese Verordnung tritt sofort nach ihrer Publikation in Kraft.

Merseburg, den 22. August 1888.

Die Polizei-Verwaltung.

Veröffentlicht:
Merseburg, den 2. August 1917.
Nr. I. 6201/17. **Die Polizei-Verwaltung.**

Aufmerksame Bedienung. Mäßigste Preise.

Karl Tänzer

Merseburg Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7

Spezialgeschäft
für
Leinen- und Baumwollwaren, Tischzeuge, Handtücher, Hauswäsche Bettfedern und Betten.

Fernspr. 259.

Solide Qualitäten. Große Auswahl.

Kreissparkasse Merseburg

bietet mündelsichere Kapitalanlage mit uneingeschränkter Sicherheit (auch in jedem Kriegsfalle),

verzinst Einlagen zu 3½% von 1000 M. und darüber auf entsprechende Sperr-Erklärung zu 3½% vom Tage nach der Einzahlung bis zum Tage der Abhebung,

zahlt Einlagen ohne Kündigung zurück wenn der Kassenbestand das irgend gestattet.

Das Geschäftslokal der Kreissparkasse befindet sich vom 1. Oktober 1914 ab bis zur Fertigstellung des Kreishausneubaues im Grundstücke Bahnhofstraße Nr. 3 (2 Minuten vom Bahnhof Merseburg).

Wickel-Gamaschen,
Hosenträger (extra stark),
Halsbinden,
Einnähbinden,
Handschuhe,
Ordensbänder,
Leder-Gamaschen.

Frz. Hildebrandt,
Kl. Ritterstr. 13.

Tivoli-Theater
Merseburg.
Direktion: Art. Dechant.

Donnerstag, den 9. August 1917, abends 8 Uhr
Benefiz
für **Eva Henckel-Dechant.**
Novität! Zum 1. Male. Novität
Durchschlagender Erfolg.
Hoheit tanzt Walzer.
Operette in 3 Akten v. Leo Ascher.
Orchest.: Landsturmkapelle IV/31 Halle
Operettenpreise.

Verantwortliche Redaktion: Politik: L. Baltz, Lokales und Vermischtes: K.-H. Görbing, Sport und Anzeigen: M. Hochheimer.
Verlag und Druck: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170809-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 184 des Merseburger Tageblattes.

Kreisblatt

Donnerstag, den 9. August 1917.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Der Kanzler im Hauptquartier.

Berlin, 7. August. Reichskanzler Dr. Michaelis wird am Mittwochabend in Begleitung des Vizekanzlers Dr. Helfferich wieder Berlin verlassen, um sich zunächst ins Hauptquartier zu begeben und von dort aus voraussichtlich seine Rundreise an den deutschen Höfen fortzusetzen.

Des Kaisers Dank an das Reichstagspräsidium.

Berlin, 7. August. Auf das bei der Gedenkfeier des Reichstags am 4. August an S. M. den Kaiser abgesandte Huldigungstelegramm ist folgende kaiserliche Antwort eingegangen:

Empfangen Sie meinen herzlichen Dank für den Huldigungsgruß, mit dem Sie bei der Gedenkfeier des 4. August 1917 namens der Vertreter der verschiedenen Stände und Berufe der einmütigen und unerschütterlichen Entschlossenheit des deutschen Volkes Ausdruck verliehen haben. Der Geist, der vor drei Jahren in unvergeßlicher Weise aus der Tiefe der Volksseele hervorbrach und unser Volk zu den ungeheuren Leistungen dieses Krieges einte, lebt auch heute noch unter uns fort. Er bewährt sich, wenn noch in diesen Tagen unsere todesmutigen Kämpfer unter der Führung großer Feldherren unerhörter Angriffe Herr geworden sind und wenn in der Heimat trotz Sorge und Entbehrung so mannhaft durchgehalten und so zielbewußt erfolgreich gearbeitet wird, wie es mir soeben in den treuen, zu neuem Leben erblühenden Ostpreußen entgegengetreten ist. Im Gedenken an die in drei schweren Jahren bewährte und gestählte Kraft unseres Volkes bin ich sicher, daß es ernst, aber furchtlos und sieghaft innere Meinungsverschiedenheiten willig überwinden und ausharren wird bis zu einem Frieden, der die Ehre und Größe unseres Vaterlandes und eine sichere und glückliche Zukunft verbürgt.

Der Reichskanzler Oberstleutnant.

Der Reichskanzler Dr. Michaelis, Hauptmann der Reserve a. D., zuletzt in der Reserve des Leib-Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm III. (1. Brandenb.) Nr. 8, ist, wie im Militär-Wochenblatt bekannt gegeben wird, durch Kabinettsorder vom 24. Juli unter Verleihung des Charakters als Oberstleutnant mit der Berechtigung zum Tragen der Uniform des genannten Regiments bei den Offizieren à la suite der Armee angestellt worden.

Die kommende Kriegsanleihe.

Die Vorarbeiten für die 7. Kriegsanleihe sind bereits im Gange. Die Auflegung der neuen Anleihe wird in der zweiten Hälfte des September erfolgen. Das Reichsbankdirektorium hat mit den Vertretern der Genossenschaftsverbände die Richtlinien besprochen, nach denen die Werbearbeiten zu führen sind. Die Reichsbank wird ihrerseits dafür eintreten, daß von den militärischen Stellen die zum Heeresdienst eingezogenen Leiter oder unentbehrlichen Hilfskräfte der Genossenschaften für die Dauer der Werbearbeit Urlaub erhalten und den Kreditgenossenschaften nicht durch den vaterländischen Hilfsdienst Kräfte entzogen werden. Weiter sollen Maßnahmen in die Wege geleitet werden, die einer Konkurrenz zwischen Sparkassen, Genossenschaften und den Zeichnungen bei der Heeresverwaltung bezw. den Truppenteilen vorbeugen und ein Gegeneinanderarbeiten verhindern sollen. Das Schwergewicht der Werbetätigkeit soll weit mehr als bisher in die Hände der Vorstandsbeamten der Genossenschaften usw. gelegt werden, die als die Berater der breiten Schichten des Mittelstandes in Geldangelegenheiten hierzu besonders berufen erscheinen.

Abermalige Erhöhung der Postgebühren?

In einer Würdigung der neuen Staatssekretäre und preußischen Minister teilt die „München-Augsb. Abendztg." mit, daß die Postgebühren abermals um 30 bis 50 v. H. erhöht werden sollen. Das Blatt kündigt eine Neuorganisation der Reichspost an Haupt und Gliedern an. Der neue Reichspostleiter habe unter den großen Aufgaben vornehmlich sozialpolitischer Natur auch die undankbare Aufgabe zu erfüllen, eine Vorlage zur neuerlicher Erhöhung der sämtlichen Postgebühren durchzubringen. Briefe, Postkarten, Telegraph, Pakete und Zeitungsgebühren sollen um 30 bis 50 v. H. abermals teurer werden. Die Angaben des Blattes stammen, wie das „B. Tgbl." erfährt, aus durchaus zuverlässiger Quelle.

Eine Rede Dr. Michaelis vor 20 Jahren.

(„Ueberall, wohin wir wollen, steht der Engländer.")

Reichskanzler Dr. Michaelis, der 1885 bis 1889 Dozent an der deutschen Rechtsschule in Tokio war, hielt nach der Besetzung Kiautschous durch Deutschland 1897 als Oberreg.-Rat in Arnswalde einen (bei D. Reimer gedruckten) Vortrag über unsere Aussichten in Ostasien, in dem er die Bedeutung Kiautschous als einer Zentralstelle deutschen Unternehmungsgeistes, deutscher Intelligenz und deutschen Kapitals in Ostasien darlegte. Er schildert den politischen und wirtschaftlichen Ehrgeiz Japans, dessen Industrie bereits damals den europäischen Erzeugnissen starke Konkurrenz machte, und machte dann folgende Ausführung:

„Wer als Deutscher um die Erde reist", so sagte er, „den kann die Empfindung eines gewaltigen Neidgefühls gegen England eigentlich gar nicht verlassen. Schon ist's ein großer Gewinn, daß wir jetzt auf deutschen Schiffen reisen können; aber überall, wo wir vor Anker gehen, in Aden, in Colombo, in Singapore, in Hongkong, in Schanghai, wer hat sich hier breit gemacht? Der Engländer. Wir haben ja eigentlich zurzeit auf der Welt nur einen wirklichen Gegner und Feind: das ist der Engländer. Völkerkriege werden nur noch aus wirtschaftlichen Gründen geführt, und unserer wirtschaftlichen Entwickelung steht der Engländer entgegen. Wir quellen in Deutschland über, wir müssen hinaus. Ueberall, wo wir hin wollen, steht der Engländer breitbeinig und unverschämt in der Haustür und will uns den Weg versperren. In Kiautschou war noch eine Tür offen, wir freuen uns, daß wir die Klinke in der Hand haben."

Es ist nicht anzunehmen, daß der Reichskanzler in diesen zwanzig Jahren seine Anschauungen gewandelt hat.

Aus Stadt und Umgebung

Auszeichnung.

In Anerkennung treuer Pflichterfüllung vor dem Feinde ist dem Ersatz-Reservisten Walter Kampfrad, z. zt. bei einem Meßtrupp, das Eiserne Kreuz 2. Klasse verliehen worden.

Die Reichsfleischkarte im Reiseverkehr.

Zur Behebung von Irrtümern sei darauf hingewiesen, daß den Personen, die ihre Wohnsitzgemeinde verlassen, die Reichsfleischkarten in jedem Falle ohne Rücksicht auf die Dauer der Reise zu belassen sind. Handelt es sich um eine Reise von länger als 14 Tagen oder um einen dauernden Wechsel des Aufenthaltsorts, so ist bestimmungsgemäß dem Wegreisenden eine Abmeldebescheinigung auszustellen. In dieser ist in einer dafür vorgesehenen Spalte ein Vermerk darüber aufzunehmen, auf wie lange Zeit der Reisende noch mit Reichsfleischkarten versehen ist. Der Gastort ist zur Aushändigung einer Reichsfleischkarte erst dann verpflichtet, wenn nachweislich der Abmeldebescheinigung die im Heimatort ausgegebene Reichsfleischkarte abgelaufen ist.

Tivoli-Theater.

Wir verweisen nochmals das Benefiz von Frau Direktor Eva Henckel-Dechant, das am morgigen Donnerstag stattfindet. Die Operettennovität „Hoheit tanzt Walzer" wird sicher auch hier starken Beifall finden. Es dürfte empfehlenswert sein, sich rechtzeitig die Eintrittskarten zu besorgen.

Zur Unterstützung bei der Aufklärung unbekannt Verstorbener sind die Lazarette angewiesen, etwa vorhandene Photographien solcher Verstorbener mit den bereits entstandenen Ermittlungsvorgängen dem Zentralnachweise-Büro einzusenden. Hierdurch ist eine Anzahl Bilder zusammengekommen, deren Veröffentlichung zur weiteren Aufklärung dienen kann. Die Veröffentlichung ist Form einer Sonderverlustliste erfolgt; letztere kann von Personen, die ihr Interesse nachweisen (nicht von Unbeteiligten) bei der zuständigen Polizeiverwaltung eingesehen werden.

Städtische Versorgung mit Lebensmitteln und Gemüse.

Es sind in der Einwohnerschaft wiederholt darüber Klagen laut geworden, daß hin und wieder bei Verteilung städtischer Lebensmittel nicht rechtzeitig eine Benachrichtigung der Allgemeinheit stattgefunden hat, sodaß nicht alle die Möglichkeit hatten, sich die vorhandenen Lebensmittel kaufen zu können. Die Tatsache an sich trifft mitunter zu, hat aber dann stets auch ihre Begründung, denn das städtische Lebensmittelamt legt im eigensten Interesse Wert darauf, daß in allen Fällen in denen dies möglich ist, eine Bekanntmachung über die zu verteilenden Lebensmittel vorher ergeht und daß diese selbst tunlichst allen Kreisen möglichst gleichmäßig zu Gute kommen. Es können aber Fälle eintreten, in denen eine solche öffentliche Bekanntmachung nicht mehr möglich ist. Solche Fälle waren zum Beispiel der Eingang der markenfrei verkauften ausländischen Mettwurst und der Eingang von frischgeräucherten Fischwaren. In beiden Fällen wurden dem städtischen Lebensmittelamt der Eingang der Ware erst mitgeteilt, als es nicht mehr möglich war, eine entsprechende Anzeige in die Blätter zu bringen. Andererseits wurde gleichzeitig mitgeteilt, daß es die Beschaffenheit der Ware bedinge, daß sie unbedingt sofort an die Verbraucher gebracht werden müsse, wenn sie nicht verderben solle. In solchen Fällen bleibt dem städtischen Lebensmittelamt keine Wahl, denn die Vorwürfe würden viel größer und auch gerechtfertigter sein, wenn etwa die Vorräte, welche Sonnabend eingingen, nur deswegen erst am Dienstag zum Verkauf gestellt würden, weil erst am Montag Abend in der Zeitung die Veröffentlichung erfolgen könnte. Wenn nun in der Zwischenzeit die Wurst oder die letzte Sendung frischer Räucherwaren verderben wäre, so würde mit Recht ein großer Vorwurf wegen des bureaukratischen Verfahrens erhoben worden sein. In solchen Fällen ist es zweifellos richtiger, die Waren schleunigst unter die Bevölkerung zu bringen, auch wenn nicht alle Einwohner daran beteiligt werden können, als sie der Gefahr des Verderbens auszusetzen. Es möge, ehe solche Vorwürfe gegen das städtische Lebensmittelamt erhoben werden, doch immer bedacht werden, daß die Verwaltung bis jetzt bewiesen hat, daß es ihr Bestreben ist, alle Teile der Bevölkerung gleichmäßig zu versorgen, und daß sie in solchen Fällen, wo eine vorherige Ankündigung nicht möglich ist, dies nur aus ganz zwingenden Gründen, die außerhalb ihrer Macht liegen, unterlassen muß. Wenn beim Verkauf von markenfreien Lebensmitteln sich Mißstände ergeben in der Weise, daß einzelne Familien übermäßige Mengen auftaufen, so ist auch hieran der Verwaltung eine Schuld nicht hizumessen, da sie ständig die Kaufleute anweist, die ihnen markenfrei zugeteilten Waren an ihre Kundschaft nur in kleinen Mengen und entsprechende Kopfzahl des Haushaltes abzugeben. In Fällen, wie den erwähnten, ist es aber nicht möglich, die Abgabe etwa an Vorlegung eines Bezugsscheins zu knüpfen, und es geht daher praktisch nicht zu verhindern, daß einzelne Haushalte durch Einkauf an verschiedenen Läden sich größere Mengen von Lebensmitteln beschaffen, als ihnen an sich zusteht. Hier kann nur an den Gerechtigkeitssinn und den Anstand der einzelnen Haushaltsvorstände appelliert werden, welche dafür sorgen müssen, daß in ihrem Haushalt derartige Uebergriffe nicht vorkommen.

Die Briefe der Prinzessin.

Von E. Ph. Oppenheim

44] (Nachdruck verboten.)

„Sprecht mir von allen Schrecken des Gewissens — von diesem Martens sprecht mir nicht!" deklamierte sie halblaut. „Wenn Sie wüßten, in einer wie unglaublichen Weise ich wegen dieser Sache bereits gepeinigt worden bin! — Noch an diesem Vormittag! — Man könnte geradezu melancholisch darüber werden."

Da er sah, daß es bis zu dieser Melancholie vor der Hand noch gute Wege hatte, ließ sich Heinz durch ihren Protest nicht hindern, bei dem Thema zu bleiben.

„An diesem Vormittag, sagen Sie. Es war der Rechtsanwalt Berger, der heute mit Ihnen darüber sprach, nicht wahr?"

„Sie haben uns also beobachtet?" fragte sie, ohne eine sonderliche Ueberraschung oder Verlegenheit zu zeigen. „Natürlich, in einem solchen Restaurant muß man ja von jedermann gesehen werden, und ich hatte Sie auch gleich bemerkt. Ja, unter dem Vorwande der Einladung zu einem Frühstück hatte dieser alte Filz die Unverschämtheit, mich ausholen zu wollen. Es war ein amüsantes Frühstück, das muß ich sagen."

„Sie stehen also, wie es scheint, sonst nicht in freundschaftlichen Beziehungen zu dem Rechtsanwalt?"

„Zu dem?" Sie lachte hell auf. „Ah, was für einen Geschmack trauen Sie mir zu, Herr Hollfelden? Nein, die Leute, zu denen ich in freundschaftliche Beziehungen treten soll, müssen schon etwas anders aussehen."

Der Blick, von dem diese sehr entschiedene Erklärung begleitet war, hätte Heinz nicht im ungewissen darüber lassen können, daß er selbst vermutlich bessere Aussichten auf die Gunst der blonden Mieze haben würde, als der mit so viel Geringschätzung behandelte Rechtsanwalt. Offenbar war die weitherzige junge Dame noch auf der Suche nach einem Nachfolger für den so unvermutet aus dem Leben geschiedenen Freund. Und er hielt es nicht für zweckmäßig, ihre Hoffnungen sogleich zu zerstören.

„Wie wären Sie auch sonst eines solchen Glückes würdig!" sagte er mit einer Galanterie, die ihn sauer genug ankam. „Aber, wenn es erlaubt ist, danach zu fragen, was wollte dieser Rechtsanwalt denn eigentlich von Ihnen erfahren?"

„Oh, alles Erdenkliche! Er war in seinen Fragen hundertmal neugieriger und unverschämter als der Kriminalkommissar, der doch wahrhaftig auch kein Blatt vor den Mund genommen hat. Als wenn ich in alle Geheimnisse dieses armen Afrikaners eingeweiht gewesen wäre! Die Leute müssen wirklich nie in ihrem Leben einen Verkehr mit jungen Mädchen gehabt haben, daß sie glauben können, man spräche dabei von nichts als von Geschäften und solchen langweiligen Sachen."

„Nun, es fällt doch wohl gelegentlich mal ein Wort darüber. Und Herr Martens stand Ihnen ja, wie ich gehört habe, sehr nahe."

„Oh, damit war es nicht gar so arg," erwiderte sie mit bewunderungswürdigem Freimut. „Er konnte ja zuweilen recht nett sein, aber zum Verlieben war er gewiß nicht. Im nüchternen Zustande war er sogar der geizigste und widerwärtigste Mensch, den man sich denken kann, und er wurde erst erträglich, wenn er ein Glas über den Durst getrunken hatte. Dann freilich flogen die blauen Lappen nur so nach allen Seiten. Aber sagen Sie doch aufrichtig, mein Herr, was Sie von mir wissen wollen. Wenn ich Ihnen irgendeine Auskunft geben kann, soll es gern geschehen. Ihnen bin ich lieber gefällig, als diesem vertrockneten Rechtsanwalt, der sich einer Dame gegenüber nicht einmal zu benehmen weiß."

„Sie sind überaus liebenswürdig, mein Fräulein! Und da Sie mich so freundlich ermutigen, ich möchte wissen, woher Otto Martens das Geld hatte, mit dem er nach Ihrer eigenen Erklärung so freigebig um sich warf."

Die blonde Mieze zog bedauernd die runden Schultern in die Höhe.

„Da fragen Sie allerdings mehr, als ich beantworten kann. Ich habe nicht die Gewohnheit, meine Bekannten nach solchen Dingen auszuforschen. Aber er war, soviel ich weiß, an einer Diamantenmine in Südafrika beteiligt. Daher wird also wohl auch sein Vermögen stammen."

„Hat er Ihnen von einer solchen Beteiligung erzählt?"

„Gewiß, und mir nicht allein. Er pflegte bei jeder Gelegenheit damit zu renommieren."

„Und wenn ich Ihnen nun auf Grund zuverlässigster Informationen versichern kann, daß daran kein wahres Wort gewesen ist, daß er vielmehr vor neun oder zehn Monaten Südafrika als ein bettelarmer Mann verließ?"

„Dann würde das eben nur ein Beweis mehr dafür sein, daß er ein Aufschneider war," versetzte die Choristin gleichmütig. „Ich habe ihn nie für etwas anderes gehalten."

Die Art ihrer Antworten gab Hollfelden jedenfalls die beruhigende Gewißheit, daß durch seine Fragen keinerlei schmerzliche Empfindungen in ihrem Herzen wachgerufen wurden, und so trug er kein Bedenken, in seinem Inquisitorium fortzufahren.

„Wie ich aus den Zeitungen erfahren habe, waren Sie mein Fräulein, eines der letzten menschlichen Wesen, in deren Gesellschaft sich Martens vor seiner Ermordung befunden. Ist Ihnen dabei etwas Besonderes an ihm aufgefallen? Sprach er vielleicht davon, daß er sich von einer Gefahr bedroht fühle?"

Die blonde Mieze schüttelte den Kopf.

„Keine Silbe! Er war im Gegenteil sehr vergnügt und schickte mich schließlich aus der London Bar nach Hause, weil er, wie er sagte, in dieser Nacht möglicherweise noch ein großes Geschäft zu erledigen haben würde."

„Tat er das? Davon haben Sie doch meines Wissens bei Ihrer Vernehmung nichts erwähnt."

„Es ist mir erst später wieder eingefallen. Wenn der Afrikaner über die erste Flasche Sekt hinaus war, schwatzte er so viel, daß man eben nicht viel Gewicht legte auf das, was er sagte. Und bei dem Verhör war ich vollends so verwirrt und eingeschüchtert, daß ich mich im Moment auf gar nichts mehr besinnen konnte."

„Und ist Ihnen nachher vielleicht noch etwas anderes eingefallen als diese Bemerkung des Martens über ein in Aussicht stehendes Geschäft?"

„Nein!" sagte sie etwas zögernd. Und nach einer kleinen Pause fügte sie, offenbar von dem Wunsche geleitet, sich dem hübschen, jungen Manne recht gefällig zu zeigen, hinzu:

„Wenigstens nichts, was nach meiner Meinung mit seiner Ermordung in irgendeinem Zusammenhange stehen könnte."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170809-17/fragment/page=0005

Keine städtische Teuerungszulage mehr an Volksschullehrer.

Folgende Magistratsvorlage geht der nächsten Stadtverordnetenversammlung mit dem Antrage, folgenden Beschluß fassen zu wollen, zu: „Den Lehrpersonen an den öffentlichen Gemeindeschulen der Stadt Merseburg wird mit Wirkung vom 1. April 1917 an die städtische Teuerungszulage und Kriegsbeihilfe nicht mehr, auch nicht vorschußweise, gezahlt."

Der Magistrat hat von je auf dem Standpunkt gestanden, daß es nicht Sache der Gemeinde, sondern Sache des Staates sei, die Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen an die Volksschullehrerpersonen zu zahlen. Eine Reihe von Gemeinden hat diesen ihren Standpunkt dadurch zum Ausdruck gebracht, daß sie die Volksschullehrerpersonen von vornherein von dem Genuß der städtischen Kriegsbeihilfen ausgeschlossen auf den Staat verwiesen hat. Die städtischen Körperschaften von Merseburg haben indessen, um nicht die Volksschullehrerpersonen hiesiger Stadt einer Notlage auszusetzen, den Standpunkt eingenommen, daß sie ihnen die gleichen Teuerungszulagen und Kriegsbeihilfen, wie den übrigen städtischen Beamten, vorschußweise gewährt hat und die Lehrpersonen verpflichtet hat, die vom Staate etwa nachträglich zu zahlenden Kriegsteuerungslagen in Höhe des ihr von der Stadt gewährten Zuschusses an die Stadt-Kämmereikasse wieder abzuführen.

Durch die Erlasse des Unterrichtsministers vom 13./15. April 1917 ist nun endlich anerkannt, daß der Staat der eigentliche Verpflichtete sei, die Kriegsteuerungszulagen für die Volksschullehrpersonen zu zahlen und daß er auch dort einzutreten habe, wo etwa auf Grund dieser Erlasse die Gemeinden die bisher gezahlten Kriegsteuerungslagen einstellen. Andererseits sind nach diesen Erlassen die von Gemeinden gezahlten Kriegsteuerungszulagen auf die staatlichen Zulagen in der Weise anzurechnen, daß der Staat nur denjenige zuzahlt, was zur Höhe der von ihm selbst gezahlten Kriegsteuerungszulage fehlt. Da nun die Beschlüsse der städtischen Körperschaften dahin gegangen sind, ihren Beamten genau die gleichen Zulagen zu gewähren, wie der Staat seinen Beamten gibt, so würde eine Weiterzahlung der städtischen Kriegsteuerungszulagen an die Volksschulpersonen lediglich eine völlige Entlastung des Staatssäckels zu Ungunsten der Stadt bedeuten.

Aus diesen Gründen ist mit Wirkung vom 1. April 1917 an auch die vorschußweise Zahlung von Kriegsteuerungszulagen und Kriegsbeihilfen an die Volksschullehrpersonen nicht mehr erfolgt. Es wird gebeten, sich damit einverstanden erklären zu wollen. Dabei wird bemerkt, daß die Volksschullehrpersonen durch diesen Beschluß nicht schlechter stehen, sondern lediglich ihre Kriegsteuerungszulage aus einer anderen Kasse erhalten. Wegen der Rückerstattung des bisher gezahlten Vorschusses aus der Staatskasse sind von hier aus Schritte eingeleitet.

Errichtung eines Schweinestall- und Hühnerstallgebäudes.

Für die Errichtung eines Schweinestall- und Hühnerstallgebäudes auf dem Krankenhausgrundstück soll die Summe von 565 Mk. in der nächsten Stadtverordnetensitzung nachbewilligt werden. Durch Beschluß vom 10./16. Oktober 1916 haben die städtischen Behörden 5500 Mk. als Ausgabe-Zugang bei Kapitel B II 1 des Haushaltsplanes 1916 des Krankenhauses zur Errichtung eines Schweinestalles, in dem gleichzeitig über den Kosten ein Hühnerstall eingebaut werden sollte, bewilligt. Der Zuschlag für die Ausführung der Arbeiten ist durch Beschluß des Magistrats vom 24. Oktober 1916 der Firma Gebr. Graul für die Summe von 5390 Mk. erteilt worden. Während der Ausführung hat sich dann in einer mündlichen Besprechung an Ort und Stelle am 30. Oktober 1916 die Zweckmäßigkeit ergeben, daß der Hühnerstall, um eine größere Anzahl Hühner halten zu können, nicht unmittelbar über den Schweinestallosen angelegt werden soll, sondern in das Dachgeschoß über sollten 100 Mk. betragen und sind der Firma Graul zugesprochen sollten 100 Mk. betragen und sind der Firma Graul zugesprochen. Weiter sind ihr noch 10 Mk. für die Beseitigung der Tisch- und Bankanlage zugesprochen, sodaß die Summe von 5500 Mk. aufgebracht war. Nach Besprechung in der Baudeputation ist dann noch eine andere Ausführung der Deckenverschalung beschlossen worden, welcher der Firma Graul zum Preise von 125 Mk. in Auftrag gegeben wurde. Für diese 125 Mark war eine Deckung nicht mehr vorhanden. Außerdem war die im Anschlag noch vorgesehene Wasserleitung und die elektrische Lichtanlage, sowie die durch die vermehrte Hühnerhaltung bedingte Anlage eines größeren Hühnerhofes noch nicht ausgeführt.

Hierfür entstehen nun folgende Kosten: a) für die Wasserleitung aus dem Waschereigebäude 105 Mk., b) für die elektrische Lichtleitung 200 Mk., c) für die Umzäunung des Hühnerhofes 175 Mk., wobei für letzteren Alt-Material verwendet werden sollte, alte Kesselrohre für die Pfosten und altes Drahtgeflecht, welches bisher zwischen dem Gemüsegarten und dem Hauptgarten aufgespannt war.

Die somit noch auszuführenden Arbeiten erfordern eine Summe von 480 Mk., sodaß, wenn die 125 Mk. für die Deckenverschalung hinzugenommen werden, eine Nachbewilligung von 650 Mk. auszusprechen ist. Die Baudeputation und die Krankenhausdeputation haben die Ausführung der Arbeiten befürwortet und der Magistrat hat diesen Vorschlägen unter dem 26. Juli 1917 zugestimmt.

Neue 50-Pfennigstücke.

Seit einiger Zeit werden die Fünfzigpfennigstücke bei der Prägung nach dem Glühen nicht mehr gebeizt und gescheuert. Sie haben infolgedessen gegen früher ein dunkleres Aussehen. Die Münzen sind selbstverständlich vollwichtig und gültig. Es ist daher völlig ungerechtfertigt, wenn solche Stücke, wie geschehen, im Zahlungsverkehr zurückgewiesen werden.

Weitergewährung der Familienunterstützungen während des Urlaubes.

Für die Weitergewährung der Familienunterstützungen auf Grund des Familienunterstützungsgesetzes während der Beurlaubung hat das Reichsamt des Innern behufs einheitlicher Auslegung der Vorschriften folgende Grundsätze aufgestellt: Die Familienunterstützungen sind den Angehörigen der in den Dienst eingetretenen Mannschaften nicht nur für die Dauer der zeitweiligen Beurlaubung in die Heimat infolge Erkrankung oder Verwundung, sondern allgemein bei zeitweiligen Beurlaubungen bis zu einem Monat, das ist eine Zeit, über welche hinaus Urlaub aus wirtschaftlichen Gründen in der Regel nicht gewährt zu werden pflegt, zu zahlen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Beurlaubung zur Erholung, zur Besorgung häuslicher Geschäfte oder dergl. erfolgt. Uebersteigt der Urlaub einen Monat, so ist die Weiterzahlung der Unterstützung von dem Nachweise der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Die Weiterzahlung der Familienunterstützung wird dann besonders in allen den Fällen abzulehnen sein, in denen sich der Beurlaubte etwa absichtlich der Arbeit entzieht oder eine ihm angebotene, seinen Kräften und seinen Fähigkeiten entsprechende Beschäftigung ohne Grund ablehnt. Bei Beurlaubungen bis zur Entlassung ist die Weiterzahlung der Familienunterstützung allgemein von dem Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig zu machen. Jedoch sind die Halbmonatsrate und die Dreimonatsrate auch dann zu zahlen, wenn die Familienunterstützung während der Zeit dieser Beurlaubung infolge Wegfalls der Bedürftigkeit nicht gewährt sein sollte.

Landwirte spart Getreide!

Unter dieser Ueberschrift hat Oberamtmann Schliephake, Gerlachsheim, bereits im Mrz dieses Jahres in Nr. 25 der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse auf die Bedeutung der Drillsaat hingewiesen. Es wird vielfach noch, besonders in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben, zuviel Saatgut verbraucht. Man übersieht dabei, daß im allgemeinen neben der Saaterparnis durch eine nach den klimatischen Bodenverhältnissen ausreichende, nicht übermäßig hohe Bemessung der Saat ein höherer Ertrag von besserer Qualität erzielt wird. Die Drillkultur wird vielfach noch immer nicht in dem Maße gewürdigt und angewandt, wie das im Interesse des einzelnen Landwirts und der Allgemeinheit liegt. Es ist dringend erwünscht, daß derjenige, der sich nicht im Besitz einer Drillmaschine befindet, sich diese, wenn möglich, leihweise beschafft. Eine Reihenweite von 15 Zentimeter empfiehlt sich auf den meisten Böden, wenn zur Durchführung der Hackkultur Hackmaschinen oder Arbeitskräfte verfügbar sind. Eine dünnere Saat ist umso aber am Platze, wenn das Saatgut sorgfältig gereinigt worden ist. Leichte Körner und Körnerbruch sind vom Saatgut durch die bekannten Maschinen für Saatenherrichtung zu trennen. Diese Maßgabe dient ebenfalls nicht allein dem Interesse des Einzelnen, sondern auch dem der Allgemeinheit, da durch sie viel Brotgetreide frei wird; sie sollte nicht unterbleiben, selbst wenn die Bestellung durch sorgfältige Zubereitung des Saatguts dadurch um ein paar Tage später begonnen und abgeschlossen wird. Man hüte sich vor dem falschen Ehrgeiz als „Erster" mit der Bestellung fertig sein zu wollen. Eine hastige und unordentliche Bestellung wird stets einen Rückschlag herbeiführen. Darum soll jeder Landwirt darauf bedacht sein, seine Acker auch weiterhin bei richtiger Bemessung der Saatmenge und sachgemäßer Reinigung des Saatguts so gewissenhaft und sorglam, wie es unter den so überaus schwierigen Kriegsverhältnissen irgend möglich ist, zu bestellen. Unsere Erfolge zu Lande und zu Wasser machen es den Landwirten ganz besonders zur Pflicht, auch ihrerseits alles dazu beizutragen, daß wir wirtschaftlich siegreich bis zum Ende durchhalten. Dazu gehört auch sorgfältigste Bestellung und die Vermeidung jeder übermäßigen Verwendung an Getreide. Jeder tue also seine Pflicht, ehe es vielleicht zu spät ist!

Aufbewahrung von Kartoffeln beim Erzeuger, Verteiler oder Verbraucher.

Die Art der Kartoffelverforgung im Kriege bringt es mit sich, daß die Kartoffeln unter ganz anderen Verhältnissen eingelagert werden müssen als sonst und daß ferner Kreise mit der Aufbewahrung von Kartoffeln sich zu befassen haben, denen diese Tätigkeit neu und ungewohnt ist. Die unvermeidlichen Verluste bei der kriegsmäßigen Lagerung auf das denkbar geringste Maß einzuschränken, ist aber eine der wichtigsten Bedingungen für Sicherung der Kartoffelverforgung. Um allen beteiligten Kreisen die Möglichkeit an die Hand zu geben, sich über die jeweilig geeignetste Form der Lagerung zu unterrichten, ist auf Veranlassung des Kriegsernährungsamts die Broschüre „Die Kartoffellagerung unter Kriegsverhältnissen beim Erzeuger, Verteiler und Verbraucher" herausgegeben. Das Buch ist auf Grund jahrelanger, hauptsächlich in Kriegszeiten gesammelter Erfahrungen geschrieben, es bietet einen Wegweiser zur zweckmäßigen Kartoffellagerung für die größten sowohl wie für die kleinsten Verhältnisse unter denkbar bester Ausnützung aller gegebenen Möglichkeiten. Es dürfte sich daher empfehlen, das Buch jedem zugänglich zu machen, der sich irgendwie mit der Kartoffellagerung zu befassen hat, sei es der Erzeuger, Verteiler oder der verbrauchende Haushalt. Die Schrift wird von der Firma Reimar Hobbing, Berlin SW. 61, Großbeerenstraße 17, versandt und kostet das Einzelexemplar 25 Pfg., 100 Stück 20 Mk., 1000 Stück 150 Mk., bei Abnahme von 2000 Stück und mehr 170 Mk. pro Tausend.

Die baldmöglichste Abgabe des Bedarfs an die versendende Firma ist dringend erwünscht, damit die Höhe der notwendigen Auflage bestimmt werden kann.

Aus Provinz und Reich

Für über 6000 Mark Gold- und Silberwaren gestohlen.

Halle, 8. August. Ein schwerer Einbruchsdiebstahl wurde in der Uhrenhandlung A. Schäfer, Leipziger Straße 92, verübt. Die Einbrecher öffneten die Haustür mittels Nachschlüssels und erbrachen die von dem Flur in den Ladenraum führende Tür, deren Vorhängeschloß sie sprengten. In dem Laden haben sie dann anscheinend in aller Ruhe und Muße „arbeiten" können, denn sie unterzogen alle Sachen einer eingehenden Prüfung, und was ihnen nicht preiswert genug erschien, ließen sie liegen. In erster Linie machten sie sich an das Schaufenster heran, wo die heruntergelassene Jalousie ihre nächtliche „Sammlertätigkeit" begünstigte. Sie fanden hier an goldenen und silbernen Uhren und Ketten, Ringen, Gemmen und anderen Schmuckgegenständen reiche Beute. Auch die Ladenregale unterzogen sie einer aufmerksamen Durchsicht und ließen dabei nach mancherlei Sachen mit sich gehen, auch etwa 6 Mk. Kleingeld. Dagegen „verzichteten" sie „großmütig" auf Briefmarken, 3 Briefmarken und ein Brot, die sich in dem Laden befanden. Nahrungssorgen scheint das Diebsvolk demnach schwerlich zu haben. Auch zu „Schwerarbeit" neigt es wohl kaum, denn auf den Geldschrank, in dem sich recht erhebliche Werte befanden, war kein Angriff unternommen worden. Allerdings können die Einbrecher auch so mit dem Ergebnis ihres nächtlichen Raubzuges zufrieden sein, denn der Wert der ihnen in die Hände gefallenen Gegenstände beträgt nach oberflächlicher Schätzung mehr als 6000 Mk.

10 Tonnen Butter verschwunden.

Pretzsch, 8. August. Eine Genossenschafts-Molkerei in der hiesigen Gegend hatte am 7. Juli von zuständiger Seite die Anweisung erhalten, 10 To. Butter im Werte von 2900 Mark mit der Bahn an den Magistrat in Eisleben zu senden. Das köstliche Fett ist jedoch nach jetzt eingegangener Meldung nicht eingetroffen, also zweifellos wohl verschwunden.

Die kinderfeindlichen Hausbesitzer!

Nordhausen, 8. August. In jüngster Zeit haben sich hier die Fälle gehäuft, daß Hausbesitzer kinderreichen Familien die Wohnung gekündigt oder sich geweigert haben, an solche Familien überhaupt zu vermieten. Auch Verweigerung der Aufnahme nach abgeschlossenem Mietsvertrag ist vorgekommen. Die hiesige städtische Sparkasse hat deshalb öffentlich bekanntgegeben, daß sie jedem zu ihrer Kenntnis gelangenden Fall, wenn das betreffende Grundstück von ihr beliehen ist, sorgfältig prüfen werde, ob sie nicht die gegebene Hypothek kündigen bezw. noch zu höherem Zinsfuß gewähren werde.

Unglücksfälle.

Erfurt, 8. August. Der 60 Jahre alte Gutsbesitzer Hermann Hager in Alach wurde von seinem Pferde derartig gegen den Unterleib geschlagen, daß er starb.

Holzweißig, 8. August. Ein trauriges Vorkommnis spielte sich auf dem Wege von Zöckeritz nach Seelhausen ab. Wie es heißt, sollen da der Arbeiter Josef Zuterta und einige Arbeitskollegen sowie deren Frauen spazieren gegangen sein. Sie kamen an einer Obstplantage vorbei, die anscheinend öfters von Dieben heimgesucht worden ist. Denn plötzlich krachte ein Schuß, und Zuterta brach getroffen zusammen. Der Verletzte wurde zunächst ins Krankenhaus nach Bitterfeld gebracht, von dort aber nach Halle in den „Bergmannstrost" überführt, wo er nach der Operation verstarb. Die nähere Untersuchung wird wohl Aufklärung in die Angelegenheit bringen. Zuterta ist 32 Jahre alt, er hinterläßt seine Ehefrau und 2 Kinder.

Zwickau, 8. August. Der nahezu 89 Jahre alte Kgl. Gendarmerieinspektor a. D. Feuerstack von hier, stürzte infolge Erblindung von der Treppe seiner Wohnung tödlich ab. Der Greis war einer der wenigen noch überlebenden Verteranen des schleswig-holsteinischen Feldzuges im Jahre 1849.

Rücktritt des Leipziger Oberbürgermeisters?

Leipzigs Oberbürgermeister Geheimer Rat Dr. Dittrich soll vor einiger Zeit mit Rücksicht auf ein schon längere Zeit bestehendes Herzleiden ein Abschiedsgesuch eingereicht und für sein Ausscheiden aus dem Amte einen Termin in der ersten Jahreshälfte 1918 in Vorschlag gebracht haben.

Die Schließung von Hotels im Harz

nimmt weiteren Umfang an. So müssen vom 15. August ab 7 weitere Hotels, und zwar Weißer Hirsch in Wernigerode, Besitzer Moritz Fricke, ferner das Hotel Gothisches Haus, das Hotel Lindenberg, Hotel Steinberg, Hotel Sennhütte, ferner die Gastwirtschaften Fürst Bismarck und Neue Quelle ihren Betrieb schließen. Die Schließung steht im Zusammenhang mit der Aufdeckung der geheimen Schlächterei und dem verbotenen Fleischhandel.

Verhaftete Einbrecher.

Mannheim, 8. August. Einen guten Fang machte die hiesige Kriminalpolizei, indem es ihr gelang, die Einbrecher, die in letzter Zeit in größerer Anzahl Läden beraubten und sich in den Besitz von Waren im Werte von über 30 000 Mk. setzten, zu ermitteln und festzunehmen. Es sind keine berufsmäßigen schweren Jungen, sondern fünf bisher unbestrafte und hochbezahlte Arbeiter der Firma Benz & Co., sowie ein Techniker.

Auf den Spuren des Fisch-Schleichhandels.

Ostseebad Ahlbeck, 8. August. Dem Kriegswucheramt war es seit langem bekannt, daß durch einen im großen betriebenen Schleichhandel an der Ostseeküste, namentlich im Bezirk Swinemünde, die Belieferung mit Aalen und Flundern fast völlig stockte. Da die Ortspolizeibehörden bei der Auftiärung auf stärksten Widerstand stießen, griff das Kriegswucheramt ein und entsandte mehrere erprobte Beamte nach Swinemünde und Ahlbeck, um dem gemeinschädlichen Treiben auf die Spur zu kommen. Es hat sich nach wenigen Tagen bereits ergeben, daß in den beiden bekannten Badeorten die Zentralen für den schwunghaftesten Schleichhandel zu erblicken sind, Ahlbeck aber als Hochburg anzusehen ist. Millionenwerte gingen hier dem Markt verloren. Die Annahme, daß bereits auf See jene dunklen Geschäfte zum Abschluß kommen, war u. a. wegen der Kleinheit der Fahrzeuge von der Hand zu weisen. Am Lande ergab sich als Hauptstreffpunkt der Fischer und Räucherer das Bollwerk in Swinemünde. Obwohl alle Ware, sowie sie das Ufer erreicht hat, seit dem Dezember 1916 durch die Fischhandelsgesellschaft in Stettin als beschlagnahmt gilt, sah man in Swinemünde geradezu einen verbotenen Großhandel sich entwickeln. Frauen, mit riesigen Kiepen versehen, warteten auf die Ankunft der Fischer und trugen täglich viele Zentner Fische fort. Natürlich wurden auch die Höchstpreise in unglaublichster Weise überschritten. Daher stockte allmählich bei den amtlichen Stellen die Verteilung zunächst an den Küstenstädten selbst, dann aber auch an die Großstädte. Das Kriegswucheramt ging energisch vor. In etwa 30 Fällen kamen die Berliner Beamten dem verwerflichen Treiben des Schleichhandels auf die Spur. Die Schuldigen haben schwee Verstrafung zu erwarten. Die meisten Fischer und Räucherer erklärten ganz offen, daß sie grundsätzlich nichts abliefern. Das Meer sei frei. Was sie als Fang heimbrächten, sei ihr Eigentum. Hier tut auch Aufklärung not. Jetzt ist ein Soldatenkommando damit beauftragt, den Straßen-, Post- usw. Verkehr zu überwachen. Die Haupträdelsführer sind bereits ermittelt, die Strafverfahren eingeleitet. Der Ahlbecker Amtsvorsteher v. Tilly, der zugleich Badedirektor ist, äußerte sich zu der Angelegenheit: Ein scharfes Eingreifen des Kriegswucheramtes war ohne Frage notwendig. Täglich verschwanden Zentner von Flundern unter der Hand. Zum großen Teile ist dies darauf zurückzuführen, daß viele Badegäste als Agenten für Berliner Groß- oder Zwischenhändler tätig waren, teils einen massenhaften privaten Betrieb an Verwandte und an Freunde unterhielten. Es bildete sich allmählich eine Anzahl verbotener kleiner Räuchereien, die Nachfrage stieg außerordentlich, die Preise schnellten in eine fast lächerlich zu nennende Höhe. Um die Oeffentlichkeit vor diesem gemeingefährlichen Treiben wenigstens einigermaßen zu schützen, hat die Gemeinde eigene Verkaufsstellen gegründet, nachdem der Uebelstand derartige Formen angenommen hatte, daß die Ahlbecker Bürger selbst ohne Flundern waren. Sozusagen die Letztmatgemeinde der Flundern mußte in Swinemünde eine Flundern-Anleihe machen! Da Ahlbeck täglich etwa 2000 Fremde aufweist, kann man leicht berechnen, welche große Menge an Räucherflundern an allgemeiner Versorgung verloren gingen. Die Händler und Räucherer tragen die Hauptschuld, weniger Schuld trifft die Fischer. In Ahlbeck waren bezw. sind 100 Schwerstarbeiterinnen der Siemens-Schuckertwerke zur Erholung, die bereits die üblichen Zulagen erhalten. Aber auch sie betrieben einen lebhaften Versand nach Berlin. Die Fischer erhalten eine feste Zulage an Fett und Brot, außerdem verbleiben ihnen von jedem Spieß etwa 40 Flundern für ihren Privatbedarf. Den Einwohnern von Ahlbeck (auch den Kurgästen) stehen neuerdings ¾ Pfund Fisch — auf Karte — für den Tag und die Person zur Verfügung. Durchschnittlich kommen in Ahlbeck etwa 100 Zentner Flundern täglich an Land und sind sofort an die Sammelstellen abzuführen. In Ahlbed sind bis auf vier bis fünf Betriebe alle Räuchereien geschlossen worden, eine Maßregel, die die Besitzer schwer trifft, aber unumgänglich notwendig war. Schon auf ihrem ersten Gange stießen die Berliner Beamten in der amtlich versiegelten Eggebrechtschen Räucherei auf etwa zwei Zentner dem Schleichhandel bestimmte Mengen Flundern und Aale. Als man mit Hilfe mehrerer Soldaten diese Menge beschlagnahmen wollte, kam es zu schweren Bedrohungen der Beamten. Eggebrecht, der sich mit seiner Frau wie rasend gebärdete, rieß schließlich den gesamten Vorrat von den Spießen herunter und zertrampelte ihn auf der Erde. Es konnte nichts gerettet werden.

Handel — Verkehr — Volkswirtschaft.

Der Landesverband Thüringen

der Rabattsparvereine Deutschlands hielt in Weimar seine Vollversammlung ab. Von den 42 Vereinen waren 17 durch 50 Abgeordnete vertreten. Nach Erörterung verschiedener Fachfragen und der Vornahme von Wahlen folgten einige Vorträge. Unter anderem sprach Stadtrat Fuchs-Erfurt über „Handelsschutz und Rabattsparvereine.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919170809-17/fragment/page=0006